



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

MOSKAUER REFORMDEBATTEN RUSSISCH-CHINESISCHE VERHÄLTNISSE

■ VON DER REDAKTION		■ ANALYSE	
Die Osterpause und danach	2	Die russisch-chinesischen Beziehungen: Aktuelle Trends und Zukunftsperspektiven	16
■ ANALYSE		Von Wladimir Portjakow, Moskau	
Das Medwedew-Institut legt sein »Bild der wünschenswerten Zukunft Russlands im 21. Jahrhundert« vor	2	■ ANALYSE	
Von Jens Siegert, Moskau		Die chinesisch-russischen Beziehungen 2009 und 2010: Eine Sicht aus China	19
■ DOKUMENTATION		Von Zhao Huasheng, Shanghai	
»Russland im 21. Jahrhundert: Modell einer wünschenswerten Zukunft«	6	■ ANALYSE	
■ KOMMENTAR		Die chinesisch-russischen Energiebeziehungen: Echte Freundschaft oder geheuchelte Partnerschaft?	24
Perestroika die Zweite?	9	Von Shoichi Itoh, Washington	
Von Angelika Nußberger, Universität zu Köln		■ STATISTIK	
■ TABELLEN ZUM TEXT		Außenhandelsbeziehungen	28
Die Reformen Präsident Medwedews und das Verhältnis von Gesellschaft und Obrigkeit	10	■ UMFRAGE	
■ DOKUMENTATION		Wechselseitige Wahrnehmungen	30
Memorial zu Stalinporträts und Katyn	11	■ RANKING	
Über die Stalinportraits zum Tag des Sieges	12	Die Forbesliste 2010: Russlands Milliardäre	32
Aufruf der Gesellschaft »Memorial« an Dmitrij Medwedjew im Zusammenhang mit dem 70. Jahrestag der Erschießungen von Katyn	13	■ CHRONIK	
Russen über Stalin	15	Vom 26. Februar bis zum 11. März 2010	34

Die Russland-Analysen werden vom

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



**Forschungsinstitut Osteuropa
an der Universität Bremen**

DGO

**Deutsche Gesellschaft für
Osteuropakunde e.V.**

Von der Redaktion

Die Osterpause und danach

Die Russlandanalysen gehen für fünf Wochen in die Osterpause. Die nächste Nummer erscheint am 22. April. Wir werden uns dann mit dem Klimawandel, der Entwicklung der sozialen Verhältnisse und dem Stand der Medwedewschen Reformpolitik befassen. Geplant ist auch eine Nummer zu den Chodorkowskij-Prozessen in Moskau und Straßburg. Einstweilen wünschen wir Ihnen aber frohe Ostertage und gute Erholung.

Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder

Analyse

Das Medwedew-Institut legt sein »Bild der wünschenswerten Zukunft Russlands im 21. Jahrhundert« vor

Von Jens Siegert, Moskau

Das Institut

Das »Institut für Moderne Entwicklung« (russisch: Institut Sowremennogo Raswitija, INSOR) sitzt in einem kleinen, klassizistischen Palast, weiß und hellblau, wie es sich gehört mit Säulen vor dem Eingang, in einem Park am Rande der Moskauer Innenstadt. Man könnte das feudal nennen oder angemessen. Immerhin gilt es als »Medwedew-Institut«. Der seinerzeit gerade Noch-Nicht-Präsident hat seine Entstehung vor gut zwei Jahren initiiert und sitzt seither dem Kuratorium vor. Ein Think Tank für Modernisierung soll es sein, ein, in Russland ungewöhnlich und von kaum jemanden geglaubt, unabhängiger. Geld aus der Staatskasse gibt es daher nicht. Man darf aber getrost davon ausgehen, dass das Einwerben von Spenden mit dem Präsidenten als Vorsitzenden des Kuratoriums etwas einfacher und einträglicher ist als es ohne ihn wäre.

Neben Medwedew sitzen im Kuratorium eine Ministerin (Elvira Naibullina, Wirtschaftsentwicklung), ein stellvertretender Dumavorsitzender (Oleg Morosow, Fraktion »Einiges Russland«), ein Gouverneur (Dmitrij Mesenzew, Gebiet Irkutsk) und zahlreiche, eher als liberal aufgefallene Wissenschaftler. Vorstandsvorsitzender ist Igor Jürgens, Investmentbanker, stellvertretender Vorsitzender der Russischen Union der Unternehmer und Industriellen. Alles in allem ist das Institut für Moderne Entwicklung eine eher dem liberalen politischen Spektrum zuneigende Einrichtung, wenn auch mit sehr guten Verbindungen zur »Macht«. Man könnte auch, ein wenig kritischer, von guten Anbindungen sprechen.

Die Studie

Anfang Februar legte das Institut eine lange erwartete Studie mit dem Titel »Russland im 21. Jahrhundert: Bild der wünschenswerten Zukunft« vor. Da es im Russischen keine Artikel gibt, könnte der Titel allerdings auch mit »Russland im 21. Jahrhundert: Bild einer wünschenswerten Zukunft« übersetzt werden. Die Studie ist als Empfehlungen an Dmitrij Medwedew konzipiert. Folglich erhielt der Präsident sie vorab. Kurze Zeit später wurde das Werk etwa 200 Personen vorgestellt. In ihrer Mehrzahl waren das Experten aus dem universitären Bereich, der Akademie der Wissenschaften und zahlreicher, meist liberaler Think Tanks, dann einige Politiker (im Wartestand, weil nicht den auserwählten Dumaparteien angehörend), ausländische Diplomaten und Vertreter ausländischer Think Tanks.

Ausgangspunkt der Studie sind zehn politische Thesen der Autoren. Sie postulieren eine »tiefe« und »systemische« Krise, deren Überwindung für Russland »entscheidende« Bedeutung habe. Wenn dieser Krise nicht erfolgreich begegnet werde, dann sei bald der »Point of no Return« erreicht. Weiter im Takt: Ohne Freiheit gebe es keine Modernisierung im 21. Jahrhundert; Modernisierung durch den Staat funktioniere unter den Bedingungen der Globalisierung nicht mehr; Modernisierung sei ohne Modernisierung des politischen Systems nicht möglich; nur politische Freiheiten erzeugten den notwendigen »Drive«, um das träge (gewordene) System vom Fleck zu bewegen; Deregulierung sei vonnöten; der Übergang zur Modernisierung dürfe aber nicht



Igor Jurgens. Foto: HHS

nach dem alten russischen Muster einer »permanenten Revolution« erfolgen.

Diese Thesen münden in teils sehr konkrete, manchmal auch kleinteilige Empfehlungen für das politische System insgesamt, aber auch für einzelne Politikbereiche wie Sozial-

staat, Wirtschaft, Verteidigung/Inneres (die sogenannten »Machtministerien«) und Außenpolitik. Wesentlich sind die Empfehlungen zum politischen System:

- Rückkehr zu einem »wirklichen Föderalismus«;
- Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten auf fünf, der Legislaturperiode der Staatsduma auf vier Jahre;
- Wiedereinführung von Direktmandaten im Parlament;
- Regierungsbildung durch die Parlamentsmehrheit;
- der Föderationsrat wird wieder vom Volk gewählt;
- ebenso die Gouverneure und Republikpräsidenten;
- wirkliche Unabhängigkeit der Gerichte;
- Verbesserung der Existenz- und Arbeitsbedingungen von NGOs.

Außerdem soll das Innenministerium vollständig umgebildet und die Truppen des Innenministeriums zugunsten einer »Nationalgarde« aufgelöst werden, ebenso wie der Inlandsgeheimdienst FSB. Außenpolitisch wird die EU als bevorzugter strategischer Partner genannt und der Beitritt in die NATO als wünschenswert bezeichnet, freilich erst mittel- bis langfristig und nach ihrer umfassenden »Reform«, wobei ungesagt bleibt, was diese beinhalten müsste.

Insgesamt macht die Studie einen eher eklektischen Eindruck. Einige Themenbereiche sind sehr ausführlich und bis in kleinere Details behandelt. Nach den sehr detaillierten Forderungen zu Änderungen im politischen System werden außen- und verteidigungspolitische Fragen nur summarisch erörtert. Korruption und die demographische Entwicklung, zwei der größten Herausforderungen für jede russische Regierung, fehlen völlig. Das ist umso verwunderlicher, weil in beiden Politikbereichen das Versagen des Putinschen Systems besonders hervorsteicht.

Sollte man die Studie in einer Hauptthese zusammenfassen, so hieße sie wohl »Zurück zur Verfassung«.

Das ist durchaus pikant, weil darin eine doppelte implizite Anschuldigung an Putin (und Medwedew) enthalten ist: Erstens, die Verfassung gebrochen zu haben und damit zweitens nicht effektivere sondern ineffektivere Politik gemacht zu haben.

Rezeption und Diskussion

Die öffentlichen Rezeption und Diskussion fand vorwiegend in der liberalen Presse und im Internet statt. Während bei der Vorstellung der Studie vor etwa 200 Personen, in ihrer Mehrzahl Experten aus dem universitären Bereich, der Akademie der Wissenschaften und zahlreicher, meist liberaler Think Tanks, ausländische Diplomaten und Vertreter ausländischer Think Tanks, Detailkritik im Vordergrund stand, überwog hier die Frage nach ihren Adressaten und danach, an welche Träger der angestrebten politischen und gesellschaftlichen Veränderungen die Autoren gedacht hätten. Der Politologe Dmitrij Oreschkin drückte das noch während der Vorstellung der Studie so aus: Gleichgesinnten seien die Erkenntnisse nicht nötig, alle im Saal würden sie wohl, ungeachtet kleinerer Nuancen, teilen. Politische Opponenten läsen solche Arbeiten nicht, für die Medien hätte die Studie kürzer und griffiger sein und den Machthabern hätte man mit konkreteren, direkter umsetzbaren Vorschlägen kommen müssen.

Noch erheblich weiter geht Georgij Satarow, Präsident der Stiftung INDEM, in den 1990er Jahren Berater in der Präsidentenadministration unter Boris Jelzin, in seiner Kritik. Man müsse nicht so sehr den Text lesen als den Subtext zu verstehen versuchen, schreibt er in einem Beitrag auf der Website kasparov.ru unter der Überschrift »Vertreibung ins Paradies«. Dieser Subtext zeige, dass sich INSOR und seine ExpertInnen als ein Teil der Macht habenden politischen Elite betrachten, wenn auch als deren vorübergehend außer Funktion gesetzten Avantgarde. Ihre Botschaft an Putin, vor allem aber Medwedew (und diese beiden sind hier durchaus als Personen und nicht als Chiffre für die politische Elite angesprochen) sei: Lasst uns nur machen, wir machen es richtig, auch wenn nur 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung so wollen wie wir. Die Botschaft sei also im Kern undemokratisch: Wir (die Autoren) und ihr (die Machthabenden) gegen das unmündige, gemeine Volk. Das erkläre auch das seltsame Genre des Textes als Empfehlung an den Präsidenten.

Auch Masha Lipman, Chefredakteurin der vom Moscow Carnegie Center herausgegebenen politischen Vierteljahresschrift »Pro et Contra«, argumentiert in einem Beitrag im »Jezhednewnyj Zhurnal« unter der Überschrift »Neue verbale Freiheit« in diese Richtung.

Inhaltlich sei die Studie ein durchaus nicht unübliches Sammelsurium »liberaler Träume«, die aber allem widersprechen, was in den vergangenen 10 Jahren unter Putin (und Medwedew) durchaus systematisch an Politik umgesetzt wurde. Man könnte das Ganze also als folgen- weil machtlose »intellektuelle Übung« abtun, wäre da nicht die Kuratorenschaft Medwedews, des Präsidenten, über das ausübende Institut. Folglich müsse sich die Studie mit ihren durchaus konkreten und in dieser Konkretion fast schon revolutionären Forderungen in guter russisch-liberaler Tradition »an die Zaren« wenden. Doch warum um Himmels Willen, so fragt Masha Lipman, sollten Putin und Medwedew diesen Ratschlägen (»Forderungen« könnten es ja nicht sein) folgen? Ihre Antwort ähnelt der Georgij Satarows: Aus Sicht der Autoren sei es nur Zufall und ungerechtfertigt, dass sie als funktionelle und intellektuelle Avantgarde nicht an der Macht beteiligt sind. Aus dieser Quelle speise sich die der Studie und ihrem Gestus innewohnende Hybris, sich eine Modernisierung Russlands nur gegen eine Mehrheit der Bevölkerung, die »dumme Masse« vorstellen zu können. Deshalb, so schließt Lipman, ist die Studie wohl doch nicht mehr als eine intellektuelle Übung, die davon zeugt, dass der »Raum des Erlaubten« in den vergangenen Monaten ein wenig größer geworden ist.

Die harten Urteile von Satarow und Lipman mögen ein wenig ungerecht sein, weisen aber auf ein grundsätzliches Problem aller oppositioneller Politik im heutigen Russland hin, selbst der, die sich sogleich auf die Straße begibt. Die russische Gesellschaft ist im vergangenen Jahrzehnt politisch immer apathischer (gemacht) geworden oder, wie es Alexander Ausan, Wirtschaftsprofessor und Präsident des »Instituts Nationales Projekt Gesellschaftsvertrag« unlängst in einem Vortrag ausdrückte: »Die russische Nation hat sich in den Urlaub zurückgezogen.«

Surkow

Das ist, in Zeiten der Wirtschaftskrise, aber nicht nur ein Problem oppositioneller Politik, sondern von Politik insgesamt. Auch Medwedew und Putin sind auf der Suche nach gesellschaftlichen Kräften, auf die sie sich in ihren Modernisierungsbemühungen, von deren grundsätzlicher Ernsthaftigkeit ich ausgehe, stützen können. Vor allem weil ihre Antworten unbefriedigend sind, hat die INSOR-Studie trotz aller Kritik einen Nerv getroffen. Selten in den vergangenen Jahren wurde ein Text, der nicht von oben kommt, so lebhaft und öffentlich diskutiert.

Indirekt beteiligte sich sogar einer der Hauptadressaten. Fünf Tage nach der öffentlichen Vorstellung der Stu-

die im schon erwähnten kleinen, pastellfarbenen Palast, gab Wladislaw Surkow, gemeinhin als »Erfinder der gelenkten Demokratie« geltender stellvertretender Leiter der Präsidenten-



Wladislaw Surkow. Foto: HHS

administration, der Tageszeitung *Wedomosti* ein Interview unter dem Titel »Das Wunder ist möglich«. Das ist doppelt bemerkenswert. Zum einen zieht es Surkow in der Regel vor, graue Eminenzenhaft nicht-öffentlich zu agieren. Zum zweiten ist die liberale und gemeinsam mit dem *Wall Street Journal* und der *Financial Times* herausgegebene Wirtschaftszeitung *Wedomosti* eher eine Plattform für oppositionelle Zwischenrufe. Surkow begab sich also auf »feindliches« Territorium.

Surkow äußerte sich selbstverständlich nicht direkt zur INSOR-Studie, sondern zum jüngst verkündeten Plan des Kremls, ein »russisches Silicon Valley« aufzubauen. Er tut das aber, wie die Studie, in 10 Thesen. Diese Ansiedlung soll als eine Mischung von Hochtechnologie-Unternehmen und (staatlich geförderter) Spitzenforschung Russlands Wirtschaft einen entscheidenden Modernisierungsschub geben. In seinem Interview kommt Surkow auf historische Parallelen aus der frühen Sowjetunion zu sprechen. Das sei damals vor dem Krieg eine Industrialisierung durch Angst gewesen. Eine postindustrielle Gesellschaft, so Surkow, entstehe aber nicht »durch Schrecken«. Also brauche man andere Anreize, so etwas wie die »deutsche Vorstadt« in Moskau im ausgehenden Mittelalter, in der sich Fachleute aus aller westlich der Rus' gelegenen Welt ansiedelten. Die neue Modernisierungsstrategie müsse also weltoffen sein und auf Eigeninitiative setzen.

Ganz den Mächten des freien Spiels, wie es die INSOR-Studie vorschlägt, mag Surkow diese Entwicklung aber nicht überlassen. Mit deren Autoren streitet Surkow indirekt darüber, was zuerst kommt: Modernisierung oder Demokratisierung. Die Studie legt den Schwerpunkt auf politische Konkurrenz: Konkurrenz werde zu besserem Staatshandeln führen, das wiederum

der Wirtschaft und der Gesellschaft Raum für innovative und nachhaltige Modernisierung biete. Daran glaubt Surkow selbstverständlich nicht. Für ihn ist weiterhin »Handsteuerung« nötig. Er folgt damit seiner eigenen Definition von »gelenkter Demokratie«. Außerdem habe man nicht die Zeit, zu warten, bis sich etwas von selbst entwickle, sondern müsse die Kraft des »konsolidierten Staates« nutzen, auch die private Wirtschaft möglichst schnell voran zu bringen. Gleichzeitig gibt Surkow in seinem Interview zu, dass die bisherigen staatliche Versuche, innovative Industrien anzusiedeln und zu entwickeln meist weniger erfolgreich waren.

10 Thesen – es liegt was in der Luft...

Damit schließt sich der Kreis. Das Problem des politischen Regimes ist, dass es sich zum Machterhalt fast ausschließlich auf die immer korrupteren und unkontrollierter um administrative Ressourcen konkurrierenden Wirtschafts- und Beamteneliten stützt. Dieses Konstrukt wurde in der Vergangenheit durch zwei weitere teils Loyalität, teils Duldung generierende Ressourcen abgesichert: Zum einen das enorme Wirtschaftswachstum, das es erlaubt hat trotz der großen Transaktionskosten dieses Politik- und Wirtschaftsmodells ausreichend Wohlstand nach »unten« durchsickern zu lassen. Zum anderen eine Ideologie nationaler Konsolidierung mit immer stärker werdenden Rückgriffen auf sowjetische Residuen bis hin zur schleichenden Rehabilitierung Stalins als »erfolgreicher Modernisator«.

Die gesellschaftlichen Gruppen, auf die sich das Putin-Medwedew-Regime stützt, haben wenig Interesse an und geringe Fähigkeiten zu Veränderung. Die Chancen so zu einer durchgreifenden wirtschaftlichen Modernisierung des Landes zu kommen sind klein. Alle bisherigen mit Medwedew verbundenden Modernisierungsanstrengungen schaffen es aber nicht, siehe Surkow, aus diesem Teufelskreis heraus zu kommen. Doch nicht nur das. Die »gelenkte Demokratie« hat in den vergangenen Jahren alle Alternativen, soll heißen gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die zu Trägern einer, wie ja auch Surkow sagt, notwendigen »postindustriellen Modernisierung« werden könnten, zugunsten des Machterhalts systematisch zerstört.

Das ist der Hauptgrund, weshalb sich die INSOR-Studie an den »guten Führer« richtet. Aus diesem Grund

ist auch die scharfe Kritik an ihr, die hier stellvertretend durch die Artikel von Georgij Satarow und Masha Lipman dargelegt wurde, zwar richtig aber hilflos.

Zwar hat sich die gelenkte Öffentlichkeit in Russland in den vergangenen Monaten tatsächlich ein wenig erweitert. Der Medienraum, in dem auch Kritisches gezeigt, gesagt und geschrieben werden kann, ist größer geworden. Das gilt nicht nur für die wenigen freien Zeitungen und das Internet, sondern sogar für die zentralen Fernsehkanäle. Sogar bei Sitzungen des Staatesrates im Kreml erklingen mitunter Forderungen nach einer Liberalisierung des politischen Systems. Den Ton hat im Herbst Medwedew mit einigen kritischen Reden und Veröffentlichungen ja bereits im Herbst vorgegeben. Premierminister Putin hat dazu größtenteils geschwiegen und nur von Zeit zu Zeit einige kleinere Gegengewichte gesetzt. Er hat dabei aber immer vermieden, Medwedew direkt zu kritisieren.

Politik ist aus dieser Raumerweiterung aber bisher nicht entstanden. Bisher sind alles Worte geblieben oder, wie es Masha Lipman ausdrückt, »intellektuelle Leibesübungen«. Das ist die immer größer werdende Hypothek der Medwedewschen Präsidentschaft. Die Zeit läuft davon.

So ist auch in der Diskussion der INSOR-Studie nicht ganz klar, was die Protagonisten mehr treibt: Hoffnung oder Verzweiflung. Es ist, und durchaus nicht nur in oppositionellen Kreisen, zu einem Gemeinplatz geworden, dass es so nicht weiter gehen kann. Gleichzeitig weiß aber niemand so recht zu sagen, wie ein politischer Wechsel bewerkstelligt werden soll. Medwedew wird seit einiger Zeit gelegentlich mit Gorbatschow in seinen ersten zwei Jahren als Generalsekretär der KPdSU verglichen. Damals waren die bevorstehenden epochalen Änderungen kaum zu erahnen. Vor allem äußerlich, also in Diktion, Stil und Personal, schien weiterhin fast alles still zu stehen. Aus diesem Vergleich spricht Hoffnung. Doch, so bemerken Skeptiker, Gorbatschow habe im Gegensatz zu Medwedew keinen lebendigen Andropow im Rücken gehabt. So zweifelhaft historische vergleiche auch sein mögen: Auch heute haben viele Menschen in Russland nur die Hoffnung auf bessere Einsicht des (heute: der) Zaren. Meist gegen besseres Wissen.

Über den Autor

Jens Siegert ist Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau. Zuvor arbeitete er als zehn Jahre in Moskau als Korrespondent deutschsprachiger Printmedien und Radio.

Dokumentation

»Russland im 21. Jahrhundert: Modell einer wünschenswerten Zukunft«

Auszüge aus der Studie des INSOR

[...]

Im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit steht die Zukunft Russlands. Darüber reden und schreiben Experten, Politiker und führende Repräsentanten des Landes. Das Interesse für Prognosen und Zukunftsszenarien ist ein deutliches Zeichen dafür, dass das Land Wandlungen braucht. Was soll sich wie wandeln? Hier hängt vieles von der politischen Führung, in erster Linie aber von der Gesellschaft selbst ab. Zwanzig Jahre nach dem Beginn der gesellschaftlichen Transformation müssen wir feststellen: Die Entwicklung ging schwer voran. Zahlreiche Krisen stellten jedes Mal in Frage, ob der gewählte Kurs richtig war. Die positiven Entwicklungsziele waren entweder nur spekulativ oder rein technokratisch. Wir bewegten uns fort, ohne bestimmt zu haben, wo wir hinwollen und wie unser Leitbild lautet.

Nun müssen die Gesellschaft und ihre führenden Vertreter ihre Wahl treffen: Wie sehen wir uns selbst, unser Land und unseren Staat in der Zukunft? Worauf wollen wir hinarbeiten, damit die sich uns bietende einmalige historische Chance nicht vertan wird?

Wir alle sind uns darüber im klaren, dass Russland am Scheideweg steht, dass es klar seine Ziele definieren und bewusst, mit Beteiligung der gesamten Gesellschaft, seine Wahl treffen muss, um diese Weggabelung richtig und ohne irreversible Verluste zu passieren. Von der heutigen Wahl hängt es ab, ob es Russland endlich gelingen wird, ein in jeder Hinsicht modernes Land zu werden. Uns droht jetzt wieder die Gefahr, hilflos einem Niedergang der Großmacht zuschauen zu müssen. Russland kann sich noch eine Stagnationsperiode, nach der es endgültig im Hinterhof der Zivilisation zur Ruhe kommen würde, nicht leisten. [...]

Die Modernisierung beginnt mit der richtigen Gemütsverfassung. Besondere Bedeutung erlangen solche geistigen Komponenten wie Werte und Grundsätze, Moral und Motivation, Zielsetzungen und Tabus.

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts muss Russland einen fundamentalen Wertekonflikt bewältigen. Die Ressourcengesellschaft, die sich auf die Rohstoffwirtschaft stützt, ist traditionell dazu geneigt, die Macht und den Staat als höchsten Güterverteiler und Wohltäter zu glorifizieren. Der Staat betrachtet seinerseits die Bevölkerung teils als Last, teils als erneuerbare Ressource für historische Leistungen und gigantische Produktionsbetriebe, mitunter aber auch als Objekt für politotechnologische Manipulationen. Es entsteht eine ganze Zivilisation von niedrigen Veredelungsstufen, eine Art Halbfabrikatkultur. Das Land selbst wird aufgefasst als ein ewiges Halbfabrikat für eine »richtige« Existenz irgendwann in der Zukunft.

Jedoch lässt sich im Unterschied zu den Etappen der Industrialisierung und Urbanisierung eine vollwertige Modernisierung in der postindustriellen Epoche unter den Bedingungen der Unfreiheit im Grundsatz nicht durchführen. In der modernen Welt liegt das wichtigste Entwicklungspotential in den kreativen Fähigkeiten des Menschen, in seiner Energie und Initiative. In der modernen Welt kann eine Überbetonung der Rolle des Staates, der Zentralgewalt und der kommunitaristischen Werte *a priori* nicht produktiv sein. Die Entwicklung vollzieht sich auf der Basis von Recht und Freiheit. Nur auf dieser Grundlage können auch geopolitische und andere Ambitionen befriedigt werden. Die Unfreiheit und Rechtlosigkeit der Bürger verdammen das Land im Gegenteil zum ewigen Zurückbleiben und zu geostrategischen Niederlagen – unabhängig davon, wie patriotisch und innovativ sich die politische Führung auch zeigen mag. [...]

Eine Liberalisierung, die in der Politik beginnen und sich auf die Praktiken des Alltags ausbreiten würde, würde den aktivsten und produktivsten Bürgergruppen Möglichkeiten für eine freie Selbstverwirklichung bieten und eine Grundlage für massive Investitionen – sowohl in Form von Finanzmitteln als auch in Form von Händen und Köpfen – schaffen. [...]

Es geht darum, eine Wirtschaft zu schaffen, die Innovationen generiert, nicht aber darum, Innovationen zu generieren, um sie dann mühevoll in die Wirtschaft einzuführen. [...]

Das Leitbild, das nachfolgend geboten wird, ist weder eine Idealvorstellung noch ein Traum. Jeder normale Mensch will, dass das Land, in dem er lebt, das Beste wäre: das gerechteste, sicherste und wohlhabendste, das in der Welt am meisten respektierte und schönste. Diesem Bild wäre auch nichts mehr hinzuzufügen. Deshalb haben wir uns etwas

anderes zur Aufgabe gemacht: Wir möchten Russland beschreiben, wie es nach einer erfolgreichen Modernisierung aussehen müsste. [...]

Solch ein Russland wäre nicht ideal. Es kann sein, dass das Land am Ende des Modernisierungsvorstoßes nicht die zeitgemäß besten Kennziffern in der Lebensqualität, der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und der Qualität der politischen Institutionen erzielt. Nicht diese Kennziffern wären aber das Hauptkriterium für den Erfolg der Modernisierung, sondern die Fähigkeit des Landes, den Herausforderungen der Zeit würdig zu begegnen. Diese sind:

- Eine Lebensqualität, die in allen Hauptaspekten mit der der führenden Länder der Welt vergleichbar ist.
- Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, die einen hohen Lebensstandard sichert, alle Vorteile der Naturreichtümer und des Humankapitals des Landes umsetzt, in die internationale Arbeitsteilung als eine der führenden Industrieländern integriert ist und eine nachhaltige Fähigkeit zu Innovationen zeigt.
- Ein gerechtes Sozialsystem, das die Erhaltung und Reproduktion des Humankapitals, gleiche Startchancen für alle Bürger und einen zuverlässigen Schutz der sozial schwachen Bevölkerungsgruppen gewährleistet.
- Eine Wissenschaft, die führende Positionen einnimmt und sich dynamisch weiterentwickelt. Eine nationale Kultur, die ihre Leistungen pflegt und mehrt.
- Ein effektiver, bürgernaher Staat und eine gerechte Gesellschaftsordnung, die jedem Bürger persönliche Freiheit und Interessenschutz, die Wahrung der Grundrechte und -freiheiten sowie die Herrschaft des Rechts gewährleistet.
- Eine Herrschaft von Gesetz und Ordnung im Land und Sicherheit in der internationalen Arena dank aktiver Beteiligung an den allumfassenden internationalen Sicherheitssystemen und konstruktiver Zusammenarbeit mit allen Nachbarn und führenden Weltmächten. Moderne und effektive Streitkräfte, die beliebige mögliche feindliche Aktionen gegen das Land abwenden bzw. unterbinden können.
- Eine gesunde Umwelt sowie die Erhaltung und Reproduktion des natürlichen Potentials des Landes. [...]

Russland ist einer der führenden Architekten der Weltordnung des 21. Jahrhunderts und ein vollberechtigter Teilnehmer an allen wichtigen globalen Organisationen. Als eine der führenden Volkswirtschaften der Welt hat es eine angesehenen Stellung in der WTO und der OECD. Russlands Status als strategischer Verbündeter der Europäischen Union kann sich in absehbarer Zeit in eine Mitgliedschaft umwandeln. Und mit der NATO, die sich wesentlich verändert hat, verhandelt Russland erfolgreich über einen Beitritt, der die weitere positive Transformation der Allianz stimulieren würde. Die bereits geschaffene qualitativ neue Vertragsbasis für die Partnerschaftsbeziehungen zwischen Russland und der NATO bedingte auch eine bedeutende Reformierung der OSZE. [...]

Die rasche und massive innere Modernisierung hat es Russland gestattet, den Rückstand hinter den führenden Weltmächten im Bereich der Institutionen, des Entwicklungstempos und der Diversifizierung der Wirtschaft radikal zu reduzieren. Die realen Erfolge bei der Überwindung der Krise ohne soziale Erschütterungen, der Übergang auf ein neues Niveau der sozioökonomischen Entwicklung auf der Grundlage von Innovationen und Hochtechnologien, die erfolgreiche Bekämpfung der Korruption, der Ausbau der echten Institutionen der Demokratie und Zivilgesellschaft, Fortschritte bei der Lösung der demographischen und ökologischen Probleme, bei der Entwicklung Sibiriens, des russischen Fernen Ostens und des Hohen Nordens, die effektive militärische Reform und anderes mehr – dies alles wurde im Ausland als artikulierter politischer Modernisierungswille Russlands verstanden und brachte dem Land nicht nur Respekt in der Welt, sondern auch die Wahrnehmung ein, dass Russland den Raum der gemeinsamen Werte betreten hat. Unter diesen Bedingungen haben die politischen Klassen der westlichen Länder ihre eigenen »Falken« zurechtgewiesen und ihren Teil des Weges zur Gestaltung neuer Beziehungen mit Russland zurückgelegt. Besonders schwierig war die Auseinandersetzung zwischen den »Tauben« und »Falken« sowohl in Russland als auch im Westen, als es darum ging, eine effektive Allianz Russland-NATO zu bilden. Der Durchbruch wurde als Folge einer erfolgreichen gemeinsamen Friedensmission in einem bedeutenden Land der »Dritten Welt« erzielt.

Aus dem oben Beschriebenen ergeben sich einige Fragen: Wann soll dieses Zukunftspanorama in Russland Wirklichkeit werden? Und wer soll sich damit befassen?

Was die erste Frage betrifft, so möchten wir uns nicht damit beeilen, den äußerlich attraktiven Weg einer konkreten Terminsetzung (2020, 2030, 2100) zu betreten. Wir sind der Ansicht, dass sich die Geschichte nicht deshalb weiterentwickelt, weil man ihr konkrete Orientierungspunkte in Form von runden Daten vorgibt. Der Gang der Ereignisse hat eine innere Logik und Reihenfolge, und es ist viel wichtiger sie zu erkennen, wenn man konkrete, nachhal-

tige Erfolge erzielen will. Nachfolgend möchten wir versuchen, die Reihenfolge der notwendigen Schritte – zumindest der vordringlich notwendigen – zu beschreiben.

Nun zur zweiten Frage: Wir halten es für falsch, wenn man die Gesellschaft in die Befürworter und die Gegner der Modernisierung aufteilt. Unter bestimmten Voraussetzungen (diese müssen von der politischen Landesführung geschaffen werden, wenn sie die Bewegung an Hand der unten vorgelegten »road map« startet) kann man den größten Teil der aktiven Bevölkerung in den Modernisierungsprozess einbeziehen, indem man insbesondere dem Koalitions- und Kompensationsgrundsatz folgt.

Was die erstrangigen Schritte angeht, muss betont werden: In den oben von uns beschriebenen verschiedenen Bereichen des sozialen Lebens ist der Grad der Modernisierungsbereitschaft ebenfalls verschieden. Das bedeutet jedoch nicht, dass man beispielsweise mit der wirtschaftlichen Modernisierung beginnen kann, wobei man die politischen Reformen aufschiebt. Vergleicht man die Situation mit der Vorbereitung zum Start eines Raumschiffes, so muss das Countdown in allen genannten Bereichen – im politischen System, im Sozialbereich, in Wirtschaft, Verteidigung und Sicherheit, in der außenpolitische Positionierung – gleichzeitig losgehen.

Tabelle 1: *Road map* der Modernisierung

Voraussetzungen für den Start der Modernisierung in einzelnen Bereichen des sozialen und politischen Lebens Russlands Schwerpunkte der Modernisierung	Voraussetzungen für den Start der notwendigen Umgestaltungen
Politisches System	Erarbeitung und Inkraftsetzung einer neuen rechtlichen Basis, Gestaltung der Rechtsanwendungspraxis streng auf dieser Basis
Sozialer Bereich	Vorbereitung von Änderungen der rechtlichen Basis
Wirtschaft	Rechtliche und politische Positionierung von Staat und Privatbusiness in der Wirtschaft
Streitkräfte und Rechtsschutzorgane	Fortsetzung der laufenden Reform der Streitkräfte, Reorganisation der Rechtsschutzorgane
Außenpolitik	Erarbeitung und Verabschiedung einer neuen außenpolitischen Doktrin Russlands

Aus Tabelle 1 ist ersichtlich, dass man eigentlich schon morgen – falls politischer Wille vorhanden – folgende Schritte unternehmen kann (Maßnahmenkomplex Nr. 1):

- Vorbereitung einer Reorganisation der Rechtsschutzorgane,
- konsequente Weiterführung der bereits laufenden Reform der Streitkräfte,
- Erarbeitung eines Entwurfs einer neuen außenpolitischen Doktrin Russlands,
- Anerkennung der Notwendigkeit, das politische System, die Wirtschaft und den Sozialbereich zu reformieren.

Der Maßnahmenkomplex Nr. 2 gilt dem Anlauf der Reformen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Es sei noch einmal betont, dass es darum geht, diese Reformen praktisch gleichzeitig und zusammenhängend einzuleiten, insbesondere weil das Investitionsklima direkt vom Zustand der politischen Institutionen im Lande abhängt und der Zustand des Sozialbereichs in vielem durch die Situation in der Wirtschaft bestimmt wird.

[...]

Die vorliegenden Zitate entstammen einer von Jewgenij Gontmacher aus dem Vorstand des INSOR besorgten gekürzten Fassung des INSOR-Papiers, die von der Friedrich-Ebert Stiftung Moskau ins Deutsche gebracht wurde. Wir danken Herrn Dr. Reinhard Krumm, dem Leiter des Moskauer Büros der Ebert-Stiftung (FES), für die Genehmigung aus dieser Fassung zu zitieren. Der deutsche Text erscheint in Kürze auf der Homepage der FES Moskau <http://deu.femos.ru/>. Das russische Original findet sich in voller Länge auf der Homepage des INSOR http://www.riocenter.ru/files/Obraz_gel_zavtra_0.pdf

Kommentar

Perestroika die Zweite?

Von Angelika Nußberger, Universität zu Köln

Es gärt in Russlands Eliten. Im August erklärt ein Richter des russischen Verfassungsgerichts, er habe das Gefühl, zwischen den Ruinen der Rechtsprechung zu stehen, das autoritäre Regime wolle nichts anderes als so lange wie möglich an der Macht bleiben. Im Oktober solidarisiert sich ein anderer Verfassungsrichter mit der Position seines Kollegen und spricht in einem Interview aus, was viele denken: die Grundrechte stünden nur auf dem Papier, in der Praxis gebe es kein Wahlrecht, keine Meinungsfreiheit. Im November stellt ein Major Videos ins Internet und dokumentiert die Korruption bei den Sicherheitskräften in seiner Heimatstadt. Anfang Dezember schreibt der Vorsitzende des Verfassungsgerichts einen Zeitungsartikel, in dem er vor der zerstörerischen Kritik an zentralen Institutionen des Staates warnt und die Vision eines Zusammenbruchs des Staates heraufbeschwört. Im Februar protestieren Mitglieder der Elite-Truppe OMON öffentlich in einem Brief gegen die kriminellen Machenschaften in den Sicherheitskräften. Während der Präsident beklagt, dass es im Land keine Innovation gebe, schlägt der Vorsitzende des neu geschaffenen Instituts für moderne Entwicklung vor, zentrale Reformen der Putin-Zeit wie die Abschaffung der Gouverneurswahlen rückgängig zu machen, Innenministerium und Geheimdienst aufzulösen und die Armee zu verkleinern, um wieder Luft zum Atmen zu schaffen.

Es geht um Grundsätzliches. Russland ist, zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des Sowjetreiches, erneut an einer entscheidenden Weichenstellung angekommen, an der sich diejenigen, die dem Sowjetsystem nachtrauern, und die Reformer, die um Erklärungen ringen, warum das Reformprojekt letztlich kläglich gescheitert ist, unversöhnlich gegenüber stehen. Der Verfassungsgerichtspräsident träumt von chinesischen Verhältnissen, da man es dort geschafft habe, zusammen mit wirtschaftlichem Wachstum einen »Superstaat« zu schaffen und die Gesellschaft zu konsolidieren. Die rhetorischen Fragen in dem mit »Wiederkehr des Durchlebten« überschriebenen Artikel des Juristen sprechen für

sich: »Oder will jemand eine erneute und damit endgültige Zerstörung Russlands?« »Bemerkt etwa niemand, wie schmutzig und gemein all jene sind, die sich selbst als Kämpfer gegen Schmutz und Gemeinheit bezeichnen?« »Versteht denn niemand, dass man von Neuem versucht, uns Perestroika-Ideen aufzuzwingen?« Vieles erinnert an sowjetische Rhetorik, angefangen von der Schwarz-Weiß-Zeichnung, mit der die Ordnung dem Chaos und der Glaube und die Vernunft der billigen marktschreierischen Lüge gegenübergestellt werden, bis hin zu Verdächtigungen, ein unbekannter »Jemand« stehe hinter all der Demontage und dem – so wörtlich – »Informationskrieg«. Auch der Begriff der »Selbstreinigung« für die vermeintliche Lösung des Dissidentenproblems im Verfassungsgericht wirft lange Schatten in eine dunkle Vergangenheit.

Wie immer, wenn Russland nach seiner Identität sucht und sich mit sich selbst auseinandersetzt, reibt sich die Debatte auch dieses Mal wieder an Europa. An der Frage, inwieweit Russland zu Europa gehört, scheiden sich schon immer die Geister. Die Perestroika unter Gorbatschow war eine Hinwendung zum Westen; Europa stand hoch im Kurs. Trotz aller Bemühungen und wohlmeinenden Ansätze prägten sich die 1990er Jahre aber als »Zeit der Wirren« mit einem deutlich negativen Vorzeichen im russischen Bewusstsein ein. In den Worten des russischen Verfassungsgerichtspräsidenten: »Aber ich bin überzeugt, dass unsere Gesellschaft ihre bitteren Lektionen gelernt hat. Und dass sie sich weigert, abermals einen Perestroika-Tanz aufzuführen. Wobei auch die Zusammensetzung des Orchesters bekannt ist ebenso wie der wahre Gehalt der vorgespielten Musik«. Dies klingt fast schon beschwörend. Die Metapher des Tanzes, die der Verfassungsgerichtspräsident wählt, hat etwas Beliebiges, Spielerisches, Verträumtes. Perestroika und Kritik sind für ihn Spektakel. Man werde dadurch nur an der seriösen Arbeit gehindert. Statt von »Tanz« könnte man aber auch von »Bewegung« sprechen. Und bewegt haben sich diejenigen, denen Starrheit immanent ist: die Speerspitzen und Säulen des Systems.

Über die Autorin

Angelika Nußberger ist Professorin für Öffentliches Recht und Ostrecht an der Universität zu Köln sowie Direktorin des Instituts für Ostrecht.

Tabellen zum Text

Die Reformen Präsident Medwedews und das Verhältnis von Gesellschaft und Obrigkeit

Bekanntlich hat Dmitrij Medvedev unlängst die Arbeit der Miliz heftig kritisiert und anderthalb Dutzend Generale in Ruhestand geschickt. Was bedeutet dieser Schritt?

Das ist eine Imitation von Reform des Innenministeriums zur Beruhigung der öffentlichen Kritik an der Miliz	28 %
Das sind Anzeichen einer Gesundung der Situation, die aber bisher noch nicht die Grundlagen der Arbeit des Innenministeriums betreffen.	27 %
Das ist der Anfang einer radikalen Reform des Innenministeriums	26 %
Das ist nur ein Echo des Machtkampfes in den oberen Kreisen der russischen Führung	11 %
Keine Antwort	8 %

Unlängst hat Medwedew von der Notwendigkeit einer Modernisierung des Landes gesprochen. In welchen Bereichen soll man die Modernisierung vor allem betreiben?

Erneuerung der veralteten Industrieanlagen, Übernahme westlicher Technik und Technologie	37 %
Schaffung eines Rechtsstaates, einer Wirtschaft, die frei ist von staatlicher Einmischung und eines auf Konkurrenz basierenden politischen Systems	23 %
Moralische Wiedergeburt des Landes auf Basis rechtgläubiger und nationaler Traditionen	19 %
Anderes	1 %
Ich verstehe nicht, worum es geht	8 %
Keine Antwort	13 %

Wie wird Ihrer Meinung nach die Modernisierung vorangehen?

Erneuerung der veralteten Industrieanlagen, Übernahme westlicher Technik und Technologie	22 %
Es wird gar nichts passieren, weil das alles nur Geschwätz ist, das jedes Mal beginnt, wenn das Land in der Krise ist.	17 %
Dafür werden staatliche Gelder eingesetzt, die wieder einmal gestohlen werden	16 %
Schaffung eines Rechtsstaates, einer Wirtschaft, die frei ist von staatlicher Einmischung und eines auf Konkurrenz basierenden politischen Systems	11 %
Moralische Wiedergeburt des Landes auf Basis rechtgläubiger und nationaler Traditionen	10 %
Anderes	<1 %
Keine Antwort	24 %

(Fortsetzung auf nächster Seite)

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom Februar 2010 <http://www.levada.ru./press/2010030502.htm>

Was meinen Sie, welche der folgenden Feststellungen passt am ehesten auf das heutige Russland?

Weder die Obrigkeit, noch die Bürger kontrollieren einander	31 %
Die Obrigkeit kontrolliert die Tätigkeit der Bürger	24 %
Bürger und Obrigkeit betrügen einander	24 %
Bürger und Obrigkeit kontrollieren einander	11 %
Die Bürger kontrollieren die Tätigkeit der Obrigkeit	1 %
Keine Antwort	9 %

Warum kontrollieren die Bürger Russlands mit ihrer Mehrheit nicht die Tätigkeit der Obrigkeit und üben keinen wesentlichen Einfluss auf sie aus?

Die Bürokraten interessieren sich nur für die Meinung ihrer Vorgesetzten und ignorieren Sorgen und Ansichten einfacher Bürger	47 %
Die Obrigkeit informiert die Bürger nicht über ihre Tätigkeit	21 %
Wahlen, Referenden, freie Diskussion spielen im Leben der Gesellschaft eine immer geringere Rolle	18 %
Die Menschen hoffen, dass die Obrigkeit auch so für sie sorgt	16 %
Die Leute kümmern sich wenig darum, womit sich die Obrigkeit beschäftigt	11 %
Anderes	2 %
Keine Antwort	10 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom Februar 2010 <http://www.levada.ru./press/2010030502.htm>

Dokumentation

Memorial zu Stalinporträts und Katyn

Am 9. Mai 2010 feiert Russland den 65. Jahrestag des Sieges über Hitlerdeutschland. Aus vielen Gründen wird dieses Datum besonders gefeiert: dies wird eines der letzten »runden« Jubiläen sein, an der noch Überlebende teilnehmen, im internationalen Raum will der russische Staat noch einmal die historische Leistung der Sowjetunion bei der Zerschlagung des Nationalsozialismus deutlich machen. Für Präsident Medwedew selbst ist es eine Gelegenheit, sich als Patriot zu präsentieren. Der Jahrestag gibt aber auch Anlass, noch einmal die schwierige sowjetische Geschichte und die Rolle Stalins zu thematisieren. Medwedew selbst hatte am 30. Oktober 2009, dem Gedenktag der Opfer politischer Unterdrückung, an Stalins Verbrechen erinnert. Auf der anderen Seite ist Stalin noch sehr lebendig: Veteranenverbände in Moskau sorgten für die Schließung einer Imbissstube mit dem Namen »Antisowjetskaja« und als ein Journalist diese Veteranen darauf hin kritisch an die Verbrechen Stalins erinnerte, wurde er von Angehörigen des kremlnahen Jugendverbandes »Unsere« verfolgt und belästigt. Die Versuche, ein Verfahren gegen die Schuldigen am Morde polnischer Offiziere in Katyn einzuleiten, sind im Sande verlaufen. Der Moskauer Bürgermeister Lushkow plant nun, anlässlich des 65. Jahrestages in der Stadt Informationstafeln mit einem Porträt Stalins aufzustellen – auf Anregung von Veteranenverbänden. Auf diese Ereignisse hat die Gesellschaft »Memorial« mit einem Aufruf und einem offenen Brief reagiert. Beide Texte werden hier dokumentiert.

Über die Stalinportraits zum Tag des Sieges

Erklärung von Memorial International und Memorial Moskau

Beamte aus dem Moskauer Bürgermeisteramt haben erklärt, dass sie in der Stadt zum 65. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg Portraits von Stalin aufhängen wollen.

Wie üblich, bleibt es unbekannt, wer genau und auf welcher Ebene diese Entscheidung getroffen wurde. Es ist aber klar, dass die Portraits mit dem Geld von Steuerzahlern hergestellt werden, darunter auch denjenigen, die durch den Diktator Angehörige verloren haben.

Es geht aber nicht ums Geld, und auch nicht darum, dass ein Teil der zu den Feierlichkeiten Eingeladenen, so nehmen wir an, nicht in eine Stadt reisen möchte, die auf solch zweifelhafte Weise geschmückt wurde.

Das Erscheinen von Stalinportraits zum »Tag des Sieges« beleidigt das Gedenken an die Gefallenen.

Die sowjetischen Soldaten sind nicht deshalb in den Kampf gezogen, weil ihnen das der Führer befahl, und nicht, um das Politbüro zusammen mit dem Generalsekretär im Kreml zu verteidigen. Sie haben ihr Vaterland gegen einen fremdländischen Überfall verteidigt, sie haben ihr Land verteidigt, das die kommunistischen Führer an den Rand der Katastrophe gebracht hatten.

Die Standhaftigkeit, der Mut, die Heldentaten der Menschen, die ihr Vaterland in den Jahren des Krieges verteidigten, bleiben das geistige Vermächtnis des ganzen Volkes, und niemand hat das Recht, mit diesem Vermächtnis nach seinem Gutdünken zu verfahren.

Eine doppelte Lästerung ist das Vorhaben, Stalinportraits an den Sammelpunkten der Volksmilizdivisionen aufzuhängen. Die Geschichte der Volksmilizen – Zivilisten, fast unbewaffnet, die erbarmungslos in die Fleischwölfe um Moskau, Kiew und Leningrad geschickt wurden und fast alle umkamen – ist selbst ein eigener Anklagepunkt gegen den »großen Heerführer aller Zeiten und Völker«. Glauben die Stalinapologeten aus dem Moskauer Bürgermeisteramt ernsthaft, dass die Moskauer sich nicht daran erinnern, wie genau ihre Väter und Großväter umgekommen sind?

Der Eifer Moskauer Beamter um Stalins Namen hat sich bereits in die Gewölbe der U-Bahn-Station »Kurskaja« geschlichen. Keiner der Beamten hat sich natürlich weder an das Schicksal des auf Befehl Stalins erschossenen ersten Moskauer U-Bahn-Chef Petrikowskij erinnert, noch an das von weiteren Hunderten von U-Bahn-Bauern, die hingerichtet wurden oder ins Lager geschickt.

Das Vorhaben mit den Portraits ist die Fortsetzung der schleichenden Rehabilitierung des Stalinismus.

Die Anstifter aus dem Bürgermeisteramt haben nicht vor, sich an das zu erinnern, was tatsächlich Stalins Taten waren: Nicht über den Massenterror in der Armee in den Jahren 1937–1938, als zehntausende Soldaten vernichtet wurden, von gemeinen Soldaten bis hin zu den Marschällen; nicht über das Vorkriegsbündnis mit Hitler, dessen direkte Folge die Tragödie im Sommer und Herbst 1941 war; nicht über die Millionen Leben, mit denen das Volk den ganzen Krieg über für die Verbrechen und Fehler des Führers bezahlt hat.

Das Volk hat den Krieg gewonnen, trotz aller Verbrechen Stalins.

Für den Sieg wurde ein ungeheurer Preis gezahlt, der bis heute noch nicht zu Ende gezahlt worden ist.

Der Sinn, den »Tag des Sieges« zu feiern, liegt darin, denjenigen Worte der Dankbarkeit zu sagen, die diesen Sieg tatsächlich erkämpft haben. Von ihnen sind leider nur noch wenige am Leben. Sie und nur sie dürfen an diesem Tag im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen.

Sollten tatsächlich Stalinportraits in den Moskauer Straßen auftauchen, werden wir alles uns Mögliche tun, damit gleichzeitig mit ihnen andere Plakate und Portraits erscheinen, die über die Verbrechen des Tyrannen erzählen und seinen wirklichen Platz in der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges. Wir sind überzeugt, dass uns Hunderte Moskauer, Kinder und Enkel von Frontsoldaten, also jenen, denen der Sieg wirklich gehört, dabei helfen werden.

2. März 2010

Übersetzung: Jens Siegert

Aufruf der Gesellschaft »Memorial« an Dmitrij Medwedjew im Zusammenhang mit dem 70. Jahrestag der Erschießungen von Katyn

Sehr geehrter Herr Präsident!

Vor 70 Jahren, am 5. März 1940 hat das Politbüro des ZK der Kommunistischen Allunions-Partei (Bolschewiki) mit Josef Stalin an der Spitze eine Entscheidung getroffen, der zufolge im April und Mai desselben Jahres ohne Gerichtsbeschluss 14.500 polnische Offiziere und Polizisten erschossen wurden, die bis dahin in drei Lagern für Kriegsgefangene des NKWD der UdSSR in Koselsk, Ostaschkow und in Starobelsck gefangen gehalten wurden. Ebenso wurden 7.300 Insassen von Gefängnissen in den westlichen Gebieten der Ukrainischen und der Belorussischen SSR erschossen.

Katyn war bis 1991 der einzige nachgewiesene Ort, an dem die Hingerichteten umgekommen sind, und wurde deshalb zum Symbol dieser Untat.

Das Verbrechen von Katyn besteht nicht nur aus dem Mord an 22.000 polnischen Bürgern im Frühjahr 1940. Es besteht auch aus einem halben Jahrhundert Lüge und Fälschungen, in dem die Sowjetunion entgegen offensichtlicher Tatsachen ihre Verantwortung für die Vernichtung der polnischen Kriegsgefangenen geleugnet und versucht hat, die ganze Welt und die eigenen Bürger davon zu überzeugen, dass das ein Verbrechen von der Hand der Hitlerleute gewesen sei.

Die Lage änderte sich erst 1990, als der Präsident der UdSSR Michail Gorbatschow dem polnischen Präsidenten Wojciech Jaruzelski eine Namenliste der Kriegsgefangenen übergab, die zur Hinrichtung geschickt worden waren, zusammen mit einigen anderen Dokumenten, die Zeugnis darüber ablegten, dass die Operation zur Vernichtung der polnischen Bürger durch den NKWD der UdSSR durchgeführt worden war. Seinerzeit wurden auch ein Strafverfahren eingeleitet, das die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft unter der Nummer 159 führte.

1992 wurde auf Anordnung des russischen Präsidenten Boris Jelzin Dokumente veröffentlicht, die aufdeckten, dass die Führung der UdSSR hinter dem Katyn-Verbrechen steht.

Auf dem wichtigsten dieser Dokumente – einem Schreiben des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Berija im ZK der Kommunistischen Allunions-Partei (Bolschewiki) an Stalin mit dem Vorschlag, die polnischen Kriegsgefangenen und die in den Gefängnissen in Haft Gehaltenen zu erschießen, »ausgehend davon, dass sie alle eingefleischte und unverbesserliche Feinde der Sowjetmacht« sind – stehen, nach dem Wort »dafür«, die eigenhändigen Unterschriften von Josef Stalin, Kliment Woroschilow, Wjatscheslaw Molotow und Anastas Mikojan, sowie, nach der Feststellung »haben dafür gestimmt«, die von Michail Kalinin und Lasar Kaganowitsch.

Im Jahr 2000 wurden an den Orten, an denen die erschossenen Kriegsgefangenen begraben liegen, im Wald von Katyn und in der Nähe des Dorfes Mednoje im Gebiet Twer Gedenkfriedhöfe eröffnet (zur gleichen Zeit wurde auch ein Gedenkfriedhof in Charkow in der Ukraine eröffnet).

Es schien so, als ob das Lügen und Verschweigen in der Frage von Katyn zu einem Ende gekommen sei und dass es zum Misstrauen unserem Land gegenüber keinen Grund mehr gäbe.

Dann wurde aber 2004 die Untersuchung in der »Strafsache Katyn« mit der Nummer 159 von der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft eingestellt. Dabei wurden die wichtigsten Dokumente des Falls, den Beschluss über die Einstellung eingeschlossen, durch die Innerbehördliche Kommission zum Schutz von Staatsgeheimnissen, der der Präsident der Russischen Föderation vorsitzt, für geheim erklärt.

Die Materialien der »Strafsache Katyn« für geheim zu erklären verstößt dabei ganz offensichtlich gegen das russische Gesetz »Über Staatsgeheimnisse«, das es nicht zulässt, Informationen über Verletzungen von Rechten und Freiheiten der Menschen und Bürger für geheim zu erklären, ebenso wie über Gesetzesverletzungen von Organen der Staatsmacht und ihrer Funktionsträger.

Trotz dieser Vorschriften weigern sich die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft und die Innerbehördliche Kommission zum Schutz von Staatsgeheimnissen bis auf den heutigen Tag, ihren Geheimhaltungsbeschluss aufzuheben.

Bis heute weigert sich die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft auch, das Gesetz »Über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repression« zu beachten, indem sie entgegen des Offensichtlichen behauptet, dass politische Motive und sogar die Tatsache der Erschießungen selbst in Beziehung zu jedem einzelnen Kriegsgefangenen nicht festgestellt werden könne.

Mit Hinweis auf die Geheimhaltung weigert sich die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft zudem, die Namen derjenigen zu nennen, die sie für die Schuldigen hält. Sie teilte später lediglich mit, dass es »einzelne Personen aus der Führung des NKWD der UdSSR« gebe, deren Handeln nach Punkt »6« Paragraph 193-17 des Strafgesetzbuchs der

RSFSR (aus dem Jahr 1926) als »Amtsmissbrauch, der schwere Folgen unter besonders erschwerenden Bedingungen nach sich gezogen hat«.

Auf diese Weise sind Stalin und die Mitglieder des Politbüros, die die Entscheidung über die Massenerschießung polnischer Bürger getroffen haben, als an dem »Katyner Verbrechen« unschuldig anerkannt worden, einem Verbrechen, das frühe schon einmal in einer Erklärung der Nachrichtenagentur TASS vom 13. April 1990 als »eines der schwersten Verbrechen des Stalinismus« bezeichnet worden ist. Und das Verbrechen selbst, begangen auf Befehl der Führung der UdSSR und damit faktisch ein Akt von Staatsterrorismus, wird nun als Amtsmissbrauch einzelner Führungspersonen auf Behördenebene qualifiziert, oder anders ausgedrückt als ihre Eigenmächtigkeit. Aus unserer Sicht müssen die außergerichtlichen Erschießungen der Kriegsgefangenen und Zivilisten entsprechend der Punkte »b« und »c« des Paragraphen 6 des Statuts des Internationalen Militärtribunals von Nürnberg als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit qualifiziert werden.

Das Einstellen der Untersuchungen in der »Strafsache Katyn«, die Einstufung der Prozessmaterialien als geheim, die empörend unangemessene rechtliche Bewertung durch die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft und die Weigerung, die Erschossenen als Opfer politischer Verfolgung anzuerkennen werden im Land und jenseits seiner Grenzen als Weigerung aufgefasst, den Weg zur Wahrheit weiter zu gehen, der Anfang der 1990er Jahre beschritten worden war. Versuche, die gefälschte stalinistische Version der Ereignisse zu reanimieren, gibt es zudem nicht nur in der Boulevardpresse, sondern auch von der Tribüne des Parlaments. **Im Ergebnis legt sich der Schatten der Verbrechen und Lügen des Stalinschen Regimes auch auf das heutige Russland.**

Sehr geehrter Herr Präsident, in dieser Situation rufen wir Sie dazu auf, ihre Vollmachten zu nutzen und die folgenden unaufschiebbaren Schritte zu unterstützen:

Die Aufhebung der Entscheidung der Innerbehördlichen Kommission zum Schutz von Staatsgeheimnissen vom 22. Januar 2004 über die Einstufung der Materialien der »Strafsache Katyn« Nummer 159 als geheim;

Die Ermittlungen in der »Strafsache Katyn« mit dem Ziel wieder aufzunehmen:

Prozessual eine vollständige Namensliste alle Erschießungsopfer, sowohl der Kriegsgefangenen als auch der Gefängnisinsassen, zu erstellen,

gemeinsam mit den zuständigen Staatsanwaltschaften der Ukraine und der Republik Belarus die Begrabungsstätten der Insassen der Gefängnisse in der Westukraine und in Westweißrussland bestimmen,

prozessual eine vollständige Liste der Schuldigen festzustellen, einschließlich jener Personen, die die Entscheidung über die Erschießungen der polnischen Kriegsgefangenen und der Gefängnisinsassen getroffen haben, ebenso wie die Organisatoren dieser verbrecherischen Operation und ihre Ausführenden auf allen Ebenen,

eine genaue und vollständige juristische Bewertung der begangenen Verbrechen in Übereinstimmung mit den Normen russischen und internationalen Rechts zu geben;

Namentliche Rehabilitierung aller aus Beschluss des Politbüros des ZKs der Kommunistischen Allunions-Partei (Bolschewiki) vom 5. März 1940 Erschossenen in Übereinstimmung mit dem russischen Gesetz »Über die Rehabilitierung politisch Verfolgter«.

Im April 2010 werden auf dem Gedenkfriedhof im Katyner Wald und in der Nähe des Dorfes Mednoje gemeinsame, dem 70. Jahrestag der Katyner Erschießungen gewidmete polnisch-russische Trauerzeremonien stattfinden.

Es ist bekannt, dass der russische Premierminister Wladimir Putin den polnischen Premierminister Donald Tusk zur Teilnahme an der Zeremonie in Katyn eingeladen hat. Wir begrüßen den hohen staatlichen Status dieser Veranstaltung aufrichtig, ebenso wie die Tatsache, dass die Initiative dazu von der russischen Seite ausgegangen ist.

Wenn wir aber die Wichtigkeit und Schmerzhaftigkeit der Frage in Rechnung stellen, halten wir die persönliche Teilnahme des Präsidenten Russlands an dieser Zeremonie nichtdestotrotz für notwendig. Zumindest aber sollte es, so eine Teilnahme x aus welchen Gründen auch immer nicht möglich ist, eine öffentliche Erklärung des Präsidenten Russlands zu den Katyner Erschießungen geben.

Wir sind überzeugt, dass eine klare und unmissverständliche Verurteilung der von staatlichen Organen der Sowjetunion auf Beschluss ihrer Führung begangenen Verbrechen und eine Erklärung über die eingeleiteten notwendigen Schritte, um die »Strafsache Katyn« aus der Sackgasse zu holen ein Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Russland und Polen sein könnten. Eine solche Erklärung ist nicht nur für das Ansehen Russlands in der Welt nötig. Viel wichtiger noch ist, dass wir sie für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes brauchen, eine Zukunft, die ohne eine ehrliche Bewertung der totalitären Vergangenheit unmöglich ist.

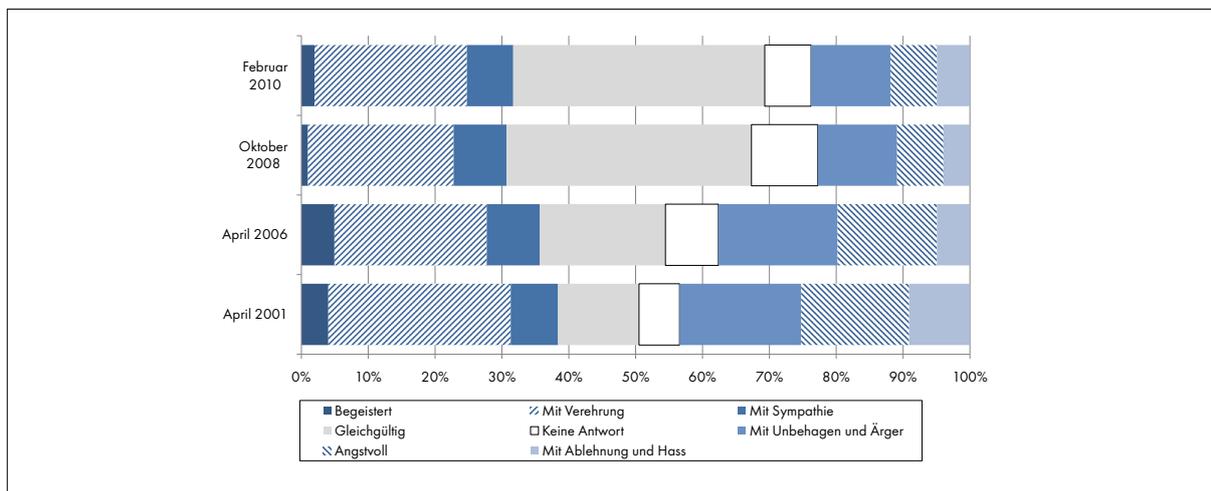
Vorstand der Internationalen Gesellschaft »Memorial«

2. März 2010

Übersetzung: Jens Siegert

Russen über Stalin

Wie stehen Sie persönlich zu Stalin?



Was meinen Sie, waren die Opfer, die das sowjetische Volk in der Stalin-Zeit erbracht hat, gerechtfertigt durch die großen Ziele und die Ergebnisse, die in kürzester Zeit erzielt wurden?

	Oktober 2008	Februar 2010
Ganz gewiss	3 %	5 %
In gewissem Maße ja	24 %	29 %
Nein, sie sind nicht zu rechtfertigen	60 %	58 %
Keine Antwort	13 %	9 %

Waren Mitglieder Ihrer Familie von den Repressionen vor oder nach dem Großen Vaterländischen Krieg betroffen?

	Februar 2010
Ja	22 %
Nein	63 %
Keine Antwort	15 %

Die Moskauer Führung beabsichtigt auf Bitte der Veteranenorganisationen auf den Straßen Plakate mit dem Bild Stalins auszuhängen. Wie stehen Sie dazu?

	Februar 2010
Unterstütze das voll und ganz	12 %
Unterstütze das nicht, wenngleich ich für die Gefühle der Veteranen Verständnis habe, für die Stalin ein großer Mann war	29 %
Verurteile es, weil das unmoralisch und beleidigend für das Gedenken an Millionen Menschen ist, die in Lagern des NKWD gestorben sind	22 %
Ist mir gleichgültig, interessiert mich nicht, hat nichts mit meinen Problemen zu tun	29 %
Keine Antwort	8 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom Februar 2010 <http://www.levada.ru./press/2010030507.html>

Analyse

Die russisch-chinesischen Beziehungen: Aktuelle Trends und Zukunftsperspektiven

Von Wladimir Portjakow, Moskau

Zusammenfassung

Das russisch-chinesische Verhältnis ist seit der Unterzeichnung des Vertrags über Gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit im Jahr 2001 enger geworden. Vor diesem Hintergrund fanden 2008/09 im Verhältnis zwischen Russland und China sowohl Fortschritte als auch Negativentwicklungen statt. Die wichtigsten Themen in den russisch-chinesischen Beziehungen hingen 2008/09 mit dem Präsidentenwechsel in Russland und den Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise zusammen. Dynamik und Intensität der Kooperation nahmen zu und es wurden einige wichtige Abkommen geschlossen, die zeigen, dass die Beziehung Führungswechsel verkraften kann. Die weltweite Wirtschaftskrise wirkte sich jedoch auf den Handel aus und verdeutlichte ein wachsendes Ungleichgewicht zwischen beiden Ländern, wobei Chinas allem Anschein nach konstantes Wirtschaftswachstum ein verändertes Machtverhältnis zwischen Moskau und Peking anzeigt.

Ein Jahrzehnt wachsender Kooperation

Am 16. Juli 2001 unterzeichneten der chinesische Präsident Jiang Zemin und der russische Präsident Wladimir Putin in Moskau den Vertrag über Gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Russland und China. Ziel des Vertrags war es, ein Fundament zu schaffen für eine langfristige und umfassende Entwicklung der Beziehungen und der strategischen Interaktion zwischen den beiden Ländern im Rahmen einer gleichberechtigten und auf Vertrauen basierenden Partnerschaft. Und die wachsende Bandbreite ihrer strategischen Partnerschaft und der schrittweise Ausbau ihrer Formen und Methoden haben auch tatsächlich eine insgesamt positive Grundlage für die chinesisch-russischen Beziehungen im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts geschaffen. Es ist bezeichnend, dass die Experten vom Institut für Internationale Angelegenheiten an der Tsinghua-Universität in Peking bei der Einschätzung der chinesischen Auslandsbeziehungen anhand einer quantitativen Bewertung, die von feindlich/ablehnend (-9 bis -3) über nicht ablehnend/nicht freundlich (-3 bis 3) bis zu freundschaftlich (3 bis 9) reicht, die chinesisch-russischen Beziehungen Anfang 2008 mit der höchsten Punktzahl – 8 – auszeichneten (im Unterschied zu 5,5 Punkten im Jahr 2000), während die chinesisch-französischen Beziehungen zu diesem Zeitpunkt 6,3 Punkte erreichten, Indien 5,4 und die Vereinigten Staaten 1,1 Punkte.

Die Entwicklungen 2008/09 und ihre Folgen

In den Jahren 2008/09 fanden einige wichtige Entwicklungen in den russisch-chinesischen Beziehun-

gen statt. Daraus resultierten einige neue Aspekte und Zwischentöne in dieser Beziehung, die sowohl mit innenpolitischen Prozessen in beiden Ländern als auch mit Fortschritten auf internationaler Ebene zusammenhängen.

Ein neuer russischer Präsident

Ein wichtiges Moment war, dass die chinesisch-russischen Beziehungen durch den Präsidentenwechsel in Russland nicht beeinträchtigt wurden und sich problemlos auf ihn einstellten. Diese Stabilität kann auf Russlands wie Chinas objektives Interesse an einer Fortsetzung ihrer auf beiderseitigen Vorteil ausgerichteten Kooperation zurückgeführt werden, auf das weltanschauliche und politische Programm, das der neue mit dem alten Präsidenten teilt und auf Medwedews Vertrautheit mit China. Als Stellvertretender Premierminister in den Jahren 2006 und 2007 leitete er die russischen Aktivitäten während des Russlandjahrs in China und des Chinajahrs in Russland.

Zudem war China erfreut darüber, dass der neue russische Präsident China als Ziel für seinen ersten Auslandsbesuch außerhalb der GUS wählte. Die Bedeutung von Medwedews Besuch in China am 23./24. März 2008 wurde durch die Unterzeichnung einer Gemeinsamen Erklärung zusätzlich unterstrichen, die ihre Übereinstimmung in wichtigen internationalen Fragen darlegt. Dieses Dokument bestätigte nochmals das Bekenntnis beider Länder zu zivilgesellschaftlicher und kultureller Vielfalt innerhalb der Weltgemeinschaft und zur Errichtung einer multipolaren Welt. Dimitri Medwedew und Hu Jintao behielten die während Wladimir

Putins Präsidentschaft eingeführte Tradition regelmäßiger Treffen zum Meinungsaustausch über drängende internationale und bilaterale Themen bei (mehrmals im Jahr). 2008/09 intensivierten sich diese Kontakte sogar: Neben den offiziellen Besuchen (Hu Jintao besuchte Russland im Juni 2009) und Treffen am Rande des G8-Gipfels und des Treffens der APEC und der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) gab es bilaterale Treffen beim BRIC-Gipfel (im Juni 2009 im russischen Ekaterinburg) und beim G20-Gipfel (drei Mal).

Neue Abkommen und Kooperationen

Diese auf vielfachen Ebenen ansetzenden Mechanismen ergänzten die bilaterale Kooperation um neue Elemente auf neuen Ebenen und ließen konkrete Interaktionen effektiver werden. Ein Aktionsplan für 2009–2012 mit dem Ziel der Umsetzung des Vertrags über Gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit wurde von beiden Ländern verabschiedet. Zudem fand ein russisch-chinesischer Energiedialog auf der Ebene der Stellvertretenden Premierminister statt, der zum Abschluss der neuen Abkommen über Kooperation im Öl- und Gassektor beitrug, einschließlich der Abkommen über die Skoworodino-Daqing-Ölpipeline und die Gewährung eines chinesischen Bankdarlehens über 25 Milliarden US-Dollar an die russischen Ölfunkternehmen Transneft und Rosneft. Dieses Darlehen soll durch künftige russische Pipeline-Öllieferungen nach China abbezahlt werden (300 Millionen Tonnen ab 2011 über einen Zeitraum von 20 Jahren). Auf ihrem 14. regulären Treffen im Oktober 2009 in Peking einigten sich die Premierminister beider Länder über die Belieferung Chinas mit russischem Erdgas ab 2014/15 (bis zu 70 Milliarden Kubikmeter). Im Investitionsbereich erhielt die bilaterale Kooperation einen zusätzlichen Anreiz: Im Juni 2009 bewilligten die Staatsoberhäupter einen Plan zur russisch-chinesischen Kooperation im Investitionsbereich, im September 2009 ein Programm zur Kooperation zwischen den Regionen des russischen Fernen Ostens und Ostsibiriens und des chinesischen Nordostens zwischen 2009 und 2018, einschließlich der Bereiche Rohstoffabbau, Weiterverarbeitung und Bau von Transportinfrastruktur.

Jenseits der wirtschaftlichen Kooperation wurde eine Gemeinsame Kommission zur vernünftigen Nutzung und zum Schutz der grenzüberschreitenden Wasservorkommen eingerichtet, die die russisch-chinesische Kooperation im Bereich des Naturschutzes intensivieren soll. Auch im militärischen Bereich entwickelte sich die Zusammenarbeit beider Länder weiter. Im Dezember 2008 und im November 2009 fanden Treffen der

bilateralen Kommission zu militärtechnischen Fragen statt. Im Juli 2009 wurden unter dem Namen Friedensmission 2009 neue russisch-chinesische Militärübungen in China abgehalten. Im kulturellen Bereich war das Jahr der russischen Sprache in China das größte Ereignis im Bereich der bilateralen humanistischen Kooperation, wobei zudem 2010 zum Jahr der chinesischen Sprache in Russland erklärt wurde.

60. Jahrestag der diplomatischen Beziehungen

Zusätzlich zu den konkreten Abkommen feierten Russland und China den 60. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 2. Oktober 1949 zwischen der damals neu ausgerufenen Volksrepublik China und der Sowjetunion, deren Rechtsnachfolger seit Ende 1991 Russland ist. Rund um den Jahrestag wurden aus diesem Anlass mehrere Sonderveranstaltungen organisiert: In Moskau und Peking gab es zeitgleich Ausstellungen von Archivdokumenten aus der Zeit von 1949 bis 1955, im Juni 2009 fand in Peking das 3. Forum der Sozialwissenschaftler in Russland und China statt und »Problemy Dalnego Wostoka« (erscheint auch in Englisch als: »Far Eastern Affairs«), die wichtigste russische Zeitschrift, die sich mit China beschäftigt, gab eine Sonderausgabe heraus (05/2009). In einem Exklusivinterview mit ihr sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow: »Die zwischen Russland und China etablierte strategische Partnerschaft spielt eine wichtige Rolle für die Stärkung von Stabilität und Sicherheit in Eurasien und auf der ganzen Welt.« Außerdem betonte der Stellvertretende Außenminister Alexander Borodawkin in seinem Artikel, dass »die russisch-chinesischen Beziehungen sich derzeit auf einem historischen Höhepunkt befinden und einen unschätzbaren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung beider Länder leisten.«

Die Folgen der weltweiten Finanzkrise

Trotz des allgemeinen Aufwärtstrends ihrer Entwicklung haben im vergangenen Jahr aber auch die russisch-chinesischen Beziehungen die negativen Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise zu spüren bekommen.

Rückgang des Handels

Am stärksten von der Krise betroffen war das bilaterale Handelsniveau beider Länder. Der Handelsumsatz zwischen Russland und China ist von 8 Mrd. US-Dollar im Jahr 2000 auf 56,8 Mrd. US-Dollar im Jahr 2008 gestiegen und blieb damit nur knapp unter der Zielvorgabe von 60 Mrd. US-Dollar für das Jahr 2010. Ab Septem-

ber 2008 begann das Handelsvolumen allerdings zu sinken. Verursacht wurde der Rückgang des russisch-chinesischen Handelsumsatzes durch das sich verschlechternde wirtschaftliche Umfeld, durch sinkende Investitionen und die sinkende Nachfrage der Verbraucher in Russland, durch die Abwertung des Rubels, die zu höheren Importkosten für Waren aus China führte, und schließlich durch niedrigere Weltmarktpreise für Öl und Mineralölerzeugnisse, die über die Hälfte der russischen Exporteinnahmen aus China ausmachen. Das Volumen des russisch-chinesischen Handels sank in der Folge chinesischen Zollstatistiken zufolge 2009 um 31,8 % auf 38 Mrd. US-Dollar. Die chinesischen Exporte nach Russland sanken um 47,1 % auf 17,5 Mrd. US-Dollar, die chinesischen Importe aus Russland um 10,7 % auf 21,3 Mrd. US-Dollar.

Russland fiel von seinem bisherigen Rang als Chinas achtgrößter Handelspartner auf die elfte Position zurück und wurde von Australien, Indien und Brasilien überholt. Russlands Anteil am chinesischen Außenhandelsumsatz fiel auf 1,76 % im Vergleich zu 2,22 % im Jahr 2008. In den nächsten Jahren wird das Wiedererreichen des bilateralen Handelsniveaus von vor der Krise das vorderste Ziel sein und das Problem der Diversifizierung der russischen Exporte nach China genauso wie die Erhöhung des Anteils der Erzeugnisse des Maschinenbaus – der in den letzten Jahren zwischen 1 und 2 % lag – in den Hintergrund drängen.

Innerrussischer wirtschaftlicher Druck

Im Bereich der innerrussischen Wirtschaft führte der Wunsch der russischen Regierung, einheimische Produzenten von Konsumgütern zu schützen, im Juli 2009 zur Schließung des Tscherkisow-Großhandelsmarkts in Moskau, auf den ein Großteil der Waren aus China importiert wurde, und zwar im Rahmen des so genannten »grauen Zolls« und damit ohne die Zahlung der vollständigen Zollgebühren. Da etwa 50.000 chinesische Händler in den Handel auf dem Tscherkisow-Markt involviert waren, ist davon auszugehen, dass die Zahl der chinesischen Arbeitsmigranten in Russland 2009 gesunken ist (2008 waren offiziellen Angaben zufolge 281.000 der chinesischen Arbeiter in Russland auch dort gemeldet). Auch wenn sich der Unmut über die Schließung offiziell gelegt hat, rief diese in China doch deutliche Gegenreaktionen hervor. So reduzierten Experten des Instituts für Internationale Politik an der Tsinghua Universität ihre Bewertung der russisch-chinesischen Beziehungen von den 8 Punkten zu Beginn des Jahres 2008 im Oktober 2009 auf 7,8 Punkte.

Allgemeine Auswirkungen der Wirtschaftskrise

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das russisch-chinesische Verhältnis gehen über den Handel hinaus. Die Krise hat die größer werdende wirtschaftliche Lücke zwischen Russland und den derzeit führenden wirtschaftlichen Weltmächten deutlich hervortreten lassen und die dringende Notwendigkeit einer nachhaltigen Modernisierung Russlands binnen kurzer Zeit gezeigt. In diesem Zusammenhang liegt es nahe, dass führende russische Experten im Bereich der politischen Ökonomie den Modernisierungserfahrungen Chinas große Aufmerksamkeit gewidmet haben. Trotz der großteils negativen Haltung in Bezug auf eine mögliche Übernahme des chinesischen Wirtschaftsmodells in Russland vertreten Teilnehmer der Debatte die Meinung, es könne »für Russland doch vorteilhaft sein, gewisse brauchbare und geeignete Ergebnisse oder bewährte Methoden und Beispiele aus den Modernisierungserfahrungen Chinas zu übernehmen.« Meiner Ansicht nach symbolisiert schon die bloße Idee vom »chinesischen Horizont der Modernisierung Russlands« die radikal veränderten Rollen: Russland, das über weite Strecken des 20. Jahrhunderts hinweg als Lehrmeister Chinas angesehen wurde, ist nun zu dessen Schüler geworden.

2009 wuchs Chinas BIP um mehr als 8 %, das russische fiel dagegen um 7,9 %. Dementsprechend wuchs das Verhältnis der BIPs beider Länder (in 2008er US-Dollars) von 2,63:1 (2008) auf 3,13:1 (2009) an, mit der Aussicht auf ein noch größeres Wachstum bis zum Jahr 2012, in dem die russische Wirtschaft wieder ihr Vorkrisenniveau erreicht haben soll.

Folgendes Detail muss betont werden: Russlands sozioökonomische Entwicklung hat die chinesische in früheren Jahren immer wieder übertroffen; diese Lücke schloss sich in letzter Zeit durch den Aufwärtstrend der chinesischen Entwicklung und den gleichzeitigen Abwärtstrend in Russland zusehends. Indirekt wird dieser Umstand durch den Wohlstandsindex bestätigt, der in Großbritannien auf Grundlage der Analyse der Variablen wirtschaftliche Situation, Bildung, persönliche Sicherheit, politische Freiheit, Gesundheitsversorgung und politische Institutionen für 104 Länder ermittelt wird. 2009 lag Russland auf Platz 69 und China auf Platz 75. Die größte Lücke zwischen den Variablen Russlands und Chinas bestand allerdings im Punkt Wirtschaft, wo Russland auf Platz 39 und China auf Platz 29 lag.

Perspektiven der russisch-chinesischen Beziehungen

Anhand der Hierarchien der Pekinger Außenpolitik formuliert steigt mit Russlands relativer Schwäche

die objektive Bedeutung der Beziehungen zum Westen, besonders zu den Vereinigten Staaten. Dementsprechend wird dieser Faktor in der russisch-chinesischen Kooperation eine größere Rolle spielen als zuvor. Eine weitere wichtige Variable, die das russisch-chinesische Verhältnis in den kommenden Jahren bestimmen wird, ist der 2012-Faktor – in diesem Jahr wird in Russland ein neuer Präsident gewählt, außerdem steht dann eine Erneuerung der Parteispitzen und der Staatsführung in China an.

Über den Autor:

Wladimir Portjakow ist Dr. habil. und Professor für Weltwirtschaft. Außerdem ist er Stellvertretender Direktor des »Institut Dalnego Vostoka RAN« (Institut des Fernen Ostens der Russischen Akademie der Wissenschaften) in Moskau.

Lesetipps:

- Portyakow, V., From Jiang Zemin to Hu Jintao: The People's Republic of China at the beginning of the 21st Century, Moskau, 240 S., 2006 (in russischer Sprache).
- Portyakow, V., "Russia and China: Consolidating the Strategic Partnership", in Zhang Yunling (ed.), Making New Partnership: A Rising China and Its Neighbors, Beijing: Social Sciences Academic Press, 2008, S. 262–281.
- Portyakow, V., «Cina, amor e odio», Limes, Roma, 2008, No 3, S. 203–211.

Trotz dieser negativen Entwicklungsfaktoren verfügt das Verhältnis zwischen Russland und China allerdings über bedeutende Reserven und in beiden Ländern besteht die objektive Notwendigkeit zu einer weiteren Verbesserung und Vertiefung ihrer strategischen Partnerschaft. Die positive Dynamik zwischen beiden Ländern wird daher aller Voraussicht nach in absehbarer Zukunft weiterhin Bestand haben.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Analyse

Die chinesisch-russischen Beziehungen 2009 und 2010: Eine Sicht aus China

Von Zhao Huasheng, Shanghai

Zusammenfassung

2009 war ein wichtiges Jahr für die russisch-chinesischen Beziehungen. Insbesondere sechs Ereignisse und Entwicklungen waren von Bedeutung: Der 60. Jahrestag der chinesisch-russischen Beziehungen, eine breitere wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Versenkung des Frachtschiffs New Star, die Schließung des Tscherkissow-Markts, die Entstehung des G2-Konzepts und die Eröffnung der Gaspipeline von Zentralasien nach China. Diese Ereignisse zeigen eine Normalisierung der russisch-chinesischen Beziehungen an, die auf beiden Seiten mit einer wachsenden Bereitschaft einhergeht, sich gegenseitig zu kritisieren oder zu loben ohne dadurch eine Schädigung der Beziehungen zu fürchten. Es kann also von stabilen Beziehungen mit dem Potential zu weiterer Ausweitung ausgegangen werden.

Die sechs Ereignisse von 2009

Das vergangene Jahr war für die chinesisch-russischen Beziehungen sehr wichtig und von einer Reihe neuer Entwicklungen geprägt, die sich auch auf 2010 noch auswirken. Sechs dieser Ereignisse sind von besonderer Bedeutung.

Der 60. Jahrestag der chinesisch-russischen Beziehungen

Im letzten Jahr jährten sich die diplomatischen Beziehungen zwischen China und Russland zum 60. Mal. Dieser Jahrestag ist besonders wichtig, da ein Zeitraum von 60 Jahren in der chinesischen Tradition das Ende

eines Kreislaufs und den Beginn eines neuen markiert. Anlässlich des Jahrestags organisierten beide Regierungen eine Reihe von Gedenkaktivitäten mit ausgesprochen hoher öffentlicher Wirkung: Die Präsidenten von China und Russland Hu Jintao und Dimitri Medwedew besuchten eine Feierlichkeit in Moskau, der chinesische Premier Wen Jiabao und der russische Ministerpräsident Wladimir Putin nahmen an einer in Peking ausgerichteten Feierlichkeit teil. Einerseits sollten diese Gedenkfeiern an die russisch-chinesischen diplomatischen Beziehungen seit 1949 erinnern, zum anderen waren sie aber – und das war noch wichtiger – darauf ausgerichtet, eine neue Dynamik anzustoßen, indem sie für Kooperationen auf Nichtregierungsebene und für ein gegenseitiges Verständnis zwischen der russischen und der chinesischen Bevölkerung warben.

Kooperationen auf Nichtregierungsebene sind für die Entwicklung der chinesisch-russischen Beziehungen ein wichtiger Bereich, da sie zurzeit einen Schwachpunkt ihrer bilateralen Beziehung darstellen. Peking und Russland erklären, die derzeitigen chinesisch-russischen Beziehungen seien die besten in ihrer gesamten Geschichte. Auf politischer Ebene ist diese Einschätzung richtig. Unter einigen anderen Gesichtspunkten sollten die Beziehungen jedoch nicht für besser als in der Vergangenheit gehalten werden. So ist eine kameradschaftliche und freundschaftliche Haltung zwischen dem chinesischen und dem russischen Volk momentan zum Beispiel deutlich weniger verbreitet als in den 1950er Jahren. Auch die Wahrnehmung des jeweils anderen Volks im nationalen Bewusstsein von China und Russland ist nicht so positiv wie in den 1950er Jahren. Damals betrachteten China und die Sowjetunion sich nicht nur als befreundete Länder und Völker; sowohl die politischen Eliten als auch die breiten Bevölkerungen sahen sich vielmehr als Hauptpartner im internationalen System an. Heute sind die Bilder, die voneinander existierend, viel komplizierter. Es gibt in beiden Ländern eine ganze Reihe von Meinungen übereinander, positive wie negative; einige sehen das andere als befreundetes Land an, andere nehmen es als potentielle Bedrohung wahr und bringen nur mangelndes Vertrauen zum Ausdruck.

Es gibt viele Erklärungen für diese Situation, darunter der Lauf der Zeit und ein größerer gesellschaftlicher Pluralismus, es spielen jedoch auch mangelndes gegenseitiges Verständnis und falsche Wahrnehmungen voneinander eine Rolle. Das stellt für die russisch-chinesischen Beziehungen ein Problem dar, denn ohne breite Unterstützung in der Bevölkerung wird es schwierig sein, die Stabilität langfristig aufrecht zu erhalten. Chinas wie Russlands politische Führung ist sich dessen bewusst

und beide widmen dem Austausch auf Nichtregierungsebene wachsende Aufmerksamkeit. In den vergangenen Jahren wurde ein Chinajahr in Russland und ein Russlandjahr in China ausgerichtet. 2009 lief eine neue Runde dieses kulturellen Austauschs an, bei der diesmal die Sprache im Mittelpunkt stand; in China endete kürzlich das Jahr der russischen Sprache und Russland richtet derzeit das Jahr der chinesischen Sprache aus.

Andauernde wirtschaftliche Kooperation

Die zweite größere Entwicklung im Jahr 2009 war, dass die wirtschaftliche Kooperation zwischen China und Russland trotz der Weltfinanzkrise bedeutende Fortschritte machte, vor allem im Energiebereich. Aufgrund der weltweiten Finanzkrise kam es zu einem deutlichen Rückgang des chinesisch-russischen Handelsniveaus, das bilaterale Handelsvolumen fiel um ein Drittel. 2008 belief sich der chinesisch-russische Handel auf 56,8 Mrd. US-Dollar, 2009 fiel er auf unter 40 Mrd. US-Dollar. Dieser Rückgang des gesamten Geldwerts des bilateralen Handels steht jedoch nicht für einen entsprechend hohen Rückgang der gehandelten Waren, vielmehr ist der Preis dieser Waren gefallen.

Die wirtschaftliche Kooperation zwischen den beiden Ländern ist also weiterhin bedeutend, wobei der hellste Stern des letzten Jahres die Kooperation im Energiebereich war. Auch der Blick auf zukünftige Entwicklungen nimmt sich viel versprechend aus. 2009 unterzeichneten China und Russland ein offizielles Abkommen über den Austausch von Krediten gegen Öl. China wird Russland Kredite in der Höhe von 25 Mrd. US-Dollar mit langen Laufzeiten gewähren; 15 Mrd. US-Dollar von ihnen gehen an das russische Ölonternehmen Rosneft, 10 Mrd. US-Dollar an das russische Ölbeförderungsunternehmen Transneft. Russland wird die Kredite von 2011 bis 2030 durch Lieferung von 300 Millionen Tonnen Öl begleichen, das jährliche Volumen beläuft sich dabei auf 15 Millionen Tonnen. Zur Beförderung dieses Öls wird ein Teil der Kredite auf den Bau einer Nebenstrecke der ostsibirisch-pazifischen Ölpipeline nach China verwendet. Diese Pipelineerweiterung wird voraussichtlich 2010 fertiggestellt werden. Geht alles gut, fließt durch sie von Anfang 2011 an russisches Öl nach China. Mittlerweile hat die chinesisch-russische Energy Investment Company einen Anteil von 51 % an dem russischen Öl- und Gasunternehmen Suntarneftegas erworben und sich Entwicklungs- und Produktionsrechte für zwei Erdgasfelder in Ostsibirien gesichert. Auch wenn das keine groß angelegten Geschäfte sind, zeigen sie doch, dass die chinesisch-russische Kooperation im Energiebereich über den

bloßen Verkauf von Öl hinausgeht und sich in der Nutzung der Erdgasfelder zur Kooperation vom upstream-zum downstream-Bereich ausweitet.

Die Kooperation im Erdgasbereich birgt großes Potential. 2008 einigten sich Moskau und Peking nach über fünfjährigen Verhandlungen auf einen Rahmenvertrag über Pläne zum Bau von zwei Routen (Ost und West), die von den existierenden russischen Gaspipelines abgehen und nach China führen sollen, und durch die Russland China jährlich mit 68 Mrd. Kubikmetern Erdgas beliefern soll. Die westliche Pipeline wird 30 Mrd. Kubikmeter aus einer westsibirischen Erdgasquelle liefern, die östliche Route 38 Mrd. Kubikmeter über die Sakhalin-Erdgaspipelines. In den letzten Tagen des Jahres 2009 unterzeichneten China National Petroleum Corporation und Gazprom ein Abkommen über die Grundlagen der Gasversorgung und beide Seiten kamen überein, auf die Unterzeichnung eines offiziellen Vertrags im Jahr 2010 hinarbeiten zu wollen.

Neben der Kooperation im Energiebereich verabschiedeten China und Russland 2009 den sogenannten Planungsrahmen für die regionale Kooperation zwischen Nordostchina und dem russischen Fernen Osten und Ostsibirien. Dieses Dokument entwirft eine groß angelegte Agenda, die über 200 wirtschaftliche Kooperationsprojekte auf regionalem Niveau vorsieht.

Die Versenkung der New Star

Am 15. Februar 2009 versenkte ein Patrouillenboot der russischen Grenztruppen vor der russischen Fernostküste das in Sierra Leone registrierte Frachtschiff *New Star*; dabei kamen acht Besatzungsmitglieder ums Leben, sieben von ihnen chinesische Staatsbürger. Das Patrouillenboot eröffnete das Feuer auf die *New Star*, als diese versuchte Nakhodka, einen Hafen im russischen Fernen Osten, zu verlassen, wo sie infolge von geschäftlichen Streitigkeiten festgehalten wurde. Der Vorfall rief starke Reaktionen in der chinesischen Bevölkerung hervor. Das russische Außenministerium behauptete, die russischen Grenztruppen hätte im Rahmen des Gesetzes gehandelt. In China waren dagegen viele der Ansicht, das russische Vorgehen, ein Handelsschiff zu versenken und nichts zur Rettung der Besatzung zu unternehmen, sei ein barbarischer Akt und ein Ausdruck der Missachtung von Menschenleben. Auch das chinesische Außenministerium schaltete sich in offiziell ein und bestellte den russischen Botschafter in China ein. Im Anschluss daran drückten Vertreter des chinesischen Außenministers öffentlich Unzufriedenheit mit der Haltung der russischen Behörden aus. Zivile Vorfälle lösen nur äußerst selten einen öffentlichen Disput zwischen den Außen-

ministerien aus, in der Vergangenheit verhandelten die beiden Länder derartige Probleme in Form von Absprachen hinter verschlossenen Türen.

Die Schließung des Tscherkisow-Markts

Das vierte Ereignis war die plötzliche Schließung des Tscherkisow-Markts in Moskau. Tscherkisow war Moskaus größter Einzelhandelsmarkt und zugleich der Haupttreffpunkt chinesischer Händler. Zehntausende von Chinesen gingen dort ihren Geschäften nach. Im Juni 2009 schloss die russische Regierung den Markt plötzlich und gewaltsam und beschlagnahmte die Waren. Dieser Vorfall stürzte sehr viele chinesische Geschäftsleute in eine schwere wirtschaftliche Krise. Er rief außerdem starke Emotionen in der chinesischen Öffentlichkeit und den chinesischen Medien hervor. Als Hauptgrund für die Schließung des Marktes gaben die russischen Behörden an, die wirtschaftsrechtlichen Bestimmungen besser durchsetzen zu wollen. Viele Chinesen glauben jedoch, die Schließung des Marktes habe den Schutz der einheimischen russischen Produzenten zum Ziel gehabt.

Die meisten der auf dem Tscherkisow-Markt verkauften Waren waren im Rahmen des sogenannten »Grauen Zolls« für nach Russland exportierte Waren durchlaufen. Der Graue Zoll entstand in den frühen 1990er Jahren, als Russland an einer akuten Konsumgüterknappheit litt. Um diese Lücke zu füllen begannen viele chinesische Geschäftsleute private Handelsgeschäfte zwischen China und Russland und stellten fest, dass dieser durch Russlands langwierige Zollabfertigungsprozeduren behindert wurde. Um sie zu vereinfachen bestimmte das Russische Zollkomitee einige Händler, deren Importwaren vom Zoll als Gesamtpaket abgefertigt wurden. So konnten ganze Flugzeuglieferungen mittels eines einzigen Zollformulars deklariert werden. Dieses Vorgehen wurde später auf die Abfertigung von per Schiff und per Schiene transportierten Gütern ausgeweitet. Der Graue Zoll erlaubte dem Exporteur, einfach in China Zoll zu zahlen und seine Waren einzuführen ohne detaillierte Einfuhrerklärungen ausfüllen zu müssen. Für alle weiteren Schritte einschließlich Transport, Zoll und Warenannahme übernahm ein Zwischenhandelsunternehmen die Verantwortung.

Jetzt behauptet die russische Regierung jedoch, der Graue Zoll gehe mit Schmuggerei einher und hat daher Schritte unternommen, dieses Verfahren zu unterbinden, obwohl der Graue Zoll in der Praxis immer noch existiert. Die plötzliche Schließung des Tscherkisow-Markts und das angekündigte Ende des Grauen Zolls haben chinesische Offizielle auf den Plan gerufen. Die

staatliche chinesische Position besagt, dass China keine Einwände gegen eine Regulierung des Handels durch die russischen Behörden hat, dass jedoch auch der historische Hintergrund, aus dem heraus der Graue Zoll entstanden ist, berücksichtigt werden und die rechtmäßigen Interessen der chinesischen Geschäftsleute gewahrt bleiben sollten.

Die Entstehung des G2-Konzepts

Das vierte Ereignis war die Entstehung des G2-Konzepts, das China und die USA als wichtigste Volkswirtschaften in Verbindung brachte. Im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise sind Chinas Größe und Einfluss rapide angewachsen und die G2-Idee hat sich in der internationalen Politik verbreitet. Das G2-Konzept wurde von den USA vorgeschlagen, seine Entstehung stellte jedoch auch die chinesisch-russischen Beziehungen auf die Probe. Nehmen die Chinesen die Idee an, ist die chinesisch-russische strategische Partnerschaft zum Scheitern verurteilt. In Chinas akademischen Kreisen und in der öffentlichen Meinung wurde das G2-Konzept unterschiedlich aufgenommen. Einige Vorhersagen sind positiv und gehen davon aus, dass es Chinas internationales Ansehen verbessern und seine Stimme im internationalen System stärken wird, die mehrheitliche Einstellung ist allerdings negativ. Erstens ist das G2-Konzept nicht mit Chinas politischer Kultur kompatibel. China steht für eine multipolare Welt und für Gleichheit und Fairness innerhalb der internationalen Gemeinschaft. Die Philosophie, die G2 zugrunde liegt, läuft diesem politischen Prinzip eindeutig zuwider. Zweitens ist China trotz seiner wachsenden nationalen Stärke immer noch ein Entwicklungsland, sein BIP pro Kopf ist immer noch niedrig; China steht intern immer noch einer Menge von Problemen gegenüber, die mit der G2-Position nicht vereinbar sind. Drittens erschwert sich China die Beziehungen mit anderen Ländern durch die Annahme des G2-Konzepts. Darüber hinaus halten einige die G2-Idee für eine Falle, in die China nicht hineintappen darf. Und schließlich sollte angemerkt werden, dass Chinas offizielle Position gegenüber dem G2-Konzept tatsächlich ablehnend ist. Premier Wen Jiabao brachte seine Ablehnung der Idee einer chinesisch-amerikanischen *co-governance* während des China-Besuchs von Präsident Obama im November 2009 deutlich zum Ausdruck.

Die Erdgasverbindung

Das sechste große Ereignis ist die Eröffnung der chinesisch-zentralasiatischen Erdgaspipeline im Dezember 2009. Die Pipeline pumpt Gas aus Turkmenistan durch Usbekistan und Kasachstan nach China. Laut Vertrag

wird Turkmenistan China 30 Jahre lang mit 30 Mrd. Kubikmetern Erdgas jährlich versorgen, von denen 13 Mrd. von einer in Turkmenistan ansässigen chinesischen Firma produziert und die restlichen 17 Mrd. von Turkmenistan erbracht werden.

Die chinesisch-zentralasiatische Gaspipeline ist zwar ein bilaterales Kooperationsprojekt, wirkt sich jedoch auch auf die chinesisch-russischen Beziehungen aus. Bis vor kurzem hat Russland ein Monopol über die Gasexportpipelines in Zentralasien gehabt und sich sehr bemüht, diese Position aufrecht zu erhalten. Abgesehen von einer kleinen Pipeline aus Turkmenistan in den Iran sind die Erdgasexportrouten infolge des Erbes der Sowjetinfrastruktur komplett von Russland abhängig. 2003 unterzeichneten Russland und Turkmenistan ein langfristiges Gaskooperationsabkommen. Russland wird im Laufe der nächsten 25 Jahre 2 Trillionen Kubikmeter Erdgas kaufen. 2007 unterzeichneten Russland und Turkmenistan ein weiteres Abkommen zum Bau einer Gaspipeline durchs Kaspische Meer nach Russland.

Objektiv betrachtet hat die chinesisch-zentralasiatische Pipeline das russische Monopol auf Erdgasexportrouten gebrochen. Doch obwohl China eine Gaspipeline gebaut hat und Erdgas aus Zentralasien bezieht, hat es keineswegs die Absicht, Russland bei den zentralasiatischen Energieexporten herauszufordern. Das einzige Interesse Chinas besteht darin, den einheimischen Energiebedarf abzudecken. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und den daraus resultierenden grundlegenden Veränderungen der politischen Struktur im postsowjetischen Raum ist eine Veränderung der Wirtschaftsstruktur, auch was Energiefragen anbelangt, selbstverständlich und unvermeidlich. Die Frage ist nur, wie und wann. Eine ausgewogenere und auf mehreren Akteuren beruhende Energiestruktur liegt im Interesse der zentralasiatischen Republiken. In gewissem Sinne dient eine solche Struktur auch den Importinteressen, schafft sie doch eine stabilere Struktur. Russland hat ein Erdgasabkommen mit Turkmenistan und kauft dort Erdgas, um es wieder zu exportieren. Diese Verkäufe unterliegen allerdings dem höchst unsteten internationalen Markt und sobald die internationale Nachfrage nach Erdgas sinkt, braucht Russland dieses Gas nicht mehr. 2009 reduzierte es den Ankauf von turkmenischem Erdgas aufgrund niedrigerer Gasnachfrage in Europa beträchtlich, im April 2009 hat es die Käufe nach einer Explosion in der Pipeline komplett eingestellt. Da die Gasexporte die Haupteinnahmequelle Turkmenistans sind, brachte diese Entwicklung das Land in eine sehr schwierige wirtschaftliche Lage. Russland und Turkmenistan schlossen im Dezem-

ber 2009 ein neues Abkommen, demzufolge Russland ab Januar 2010 seine Erdgasimporte aus Turkmenistan wieder aufnehmen wird, wenn auch mit 30 Mrd. Kubikmetern jährlich in geringerem Maße als vorher. In diesem Zusammenhang schadet die Eröffnung der chinesisch-zentralasiatischen Erdgaspipeline den russischen Interessen nicht direkt. 2008 produzierte Turkmenistan 75 Mrd. Kubikmeter Erdgas und diese Zahl wird weiter steigen, um die momentane Exportnachfrage zu bedienen. Und tatsächlich reagierte Russland positiv auf die Eröffnung der chinesisch-zentralasiatischen Pipeline. Im Dezember 2009 sagte der Erste Stellvertretende Premierminister Igor Schuwalow in Almaty, Russland unterstütze das Projekt und auch der russische Premierminister Wladimir Putin ließ verlauten, die chinesisch-zentralasiatische Pipeline würde der russisch-chinesischen Energiekooperation nicht schaden.

Die Auswirkungen

Diese sechs Ereignisse haben die chinesisch-russischen Beziehungen 2009 beeinflusst. Außerdem zeigen sie auch gewisse Neuentwicklungen innerhalb der chinesisch-russischen Beziehungen an. Erstens versuchen China und Russland, den Engpass, der ihre wirtschaftliche Kooperation blockiert, zu überwinden und ihre Beziehung auf eine starke wirtschaftliche Grundlage zu stellen. Zweitens sind breitere gesellschaftliche Themen in den chinesisch-russischen Beziehungen von immer größerer Bedeutung, was dazu geführt hat, dass die »kleine« Politik von der »großen« tangiert wird. Solchermaßen breiteren, »kleinen« Themen entwickeln sich derzeit jedoch zu den instabilsten Faktoren der chinesisch-russischen Beziehung. Drittens treten emotionale Faktoren zunehmend in den Hintergrund und beide Regierungen haben begonnen, ihre bilateralen Beziehungen

pragmatischer zu handhaben. Offizielle Vertreter beider Regierungen sind zunehmend in der Lage, offen Fragen zu stellen und Unzufriedenheit mit der jeweils anderen Seite zu äußern. In gewissem Sinne bedeutet das eine Normalisierung der Beziehungen. Viertens hat die chinesisch-russische Beziehung die Belastungsprobe, die das Thema Energie in Zentralasien darstellte, erfolgreich bestanden. Viele Beobachter hatten vorhergesagt, die Energiekonkurrenz zwischen China und Russland in Zentralasien würde zu einem Konflikt zwischen Moskau und Peking führen; das geschah jedoch nicht.

2010 könnte für die Beziehungen zwischen China und Russland ein produktives Jahr werden. Auf politischer Ebene wird die positive Dynamik der chinesisch-russischen Beziehungen Bestand haben. Neben dem Kontakt im Rahmen internationaler Veranstaltungen und Treffen werden sich die Präsidenten beider Länder mindestens vier Mal auf bilateraler Ebene treffen, außerdem auf den Gipfeln der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und der BRIC-Staaten. Das wird die politische Zusammenarbeit auf regionaler und internationaler Ebene stärken. Auch bei der Zusammenarbeit in Energiefragen könnte 2010 ein Durchbruch gelingen. Geht alles gut, so sind entscheidende Ergebnisse der Energiekooperation in Form von Gasgeschäften sowie der Fertigstellung der chinesisch-russischen Ölpipeline geplant. 2010 wird Russland das Jahr der chinesischen Sprache ausrichten, das Rahmenbedingungen des gesellschaftlich-kulturellen Austauschs zwischen China und Russland im nächsten Jahr schafft. Diese kulturelle Initiative soll die Basis für ein gutes Klima in den chinesisch-russischen Beziehungen bilden und insbesondere die gegenseitige Wahrnehmung voneinander in beiden Gesellschaften verbessern.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Professor Zhao Huasheng ist Direktor des Zentrums für Russland- und Zentralasienstudien und des Zentrums für *Shanghai Cooperation Organization Studies* an der Fudan Universität in Shanghai, China.

Literatur zu den russisch-chinesischen Beziehungen Teil I:

- Vladislav Inozemtsev: The post-crisis world: Searching for a new framework. Reflections on 21st-century conflicts and alliances, in: *Russia in Global Affairs* 2009, Nr. 7, S. 150–160.
- Rajan Menon: The limits of Chinese-Russian partnership, in: *Survival*, 51.2009, Nr. 3, S. 99–130.
- Rajan Menon: The China-Russia relationship: what it involves, where it is headed, and how it matters for the United States. A Century Foundation Report, New York: Century Foundation, 2009. <http://www.tcf.org/publications/internationalaffairs/Menon.pdf>, 19.06.2009.
- M. K. Bhadrakumar: Sino-Russian alliance comes of age. Geopolitics and energy politics, in: *The Asia-Pacific Journal: Japan Focus*, June 22, 2009 http://japanfocus.org/-M_K-Bhadrakumar/3178, 24.06.2009.
- Elizabeth Wishnick: Russia, China, and the United States in Central Asia: Prospects for great power competition and cooperation in the shadow of the Georgian crisis, Carlisle/Pa: Strategic Studies Institute, 2009.
- Yu-Shan Wu: Russia's foreign policy surge: causes and implications, in: *Issues and Studies* (Taipei), 45 (March 2009) 1, S. 117–162.
- Yu Bin: China-Russia relations: market malaise and Mirnaya Missiya, 2009, in: *Comparative Connections*, 11.2009, Nr. 3 http://csis.org/files/publication/0903qchina_russia.pdf, 13.11.2009).

Analyse

Die chinesisch-russischen Energiebeziehungen: Echte Freundschaft oder geheuchelte Partnerschaft?

Von Shoichi Itoh, Washington

Zusammenfassung

Dieser Artikel beleuchtet die russisch-chinesische »strategische Partnerschaft« anhand der Beziehungen beider Länder im Energiebereich. Ostsibirien und der russische Ferne Osten verfügen über noch unangetastete Öl- und Gasreserven, während Chinas Energiebedarf immer weiter anwächst. Statt zu einer klaren Vereinbarung zwischen Lieferant und Verbraucher zu kommen, verliefen Diplomatie und Verhandlungen über den Bau der Pipelines zwischen Moskau und Peking jedoch schwierig, was zum Großteil auf die russische Sorge zurückzuführen ist, das Wirtschaftswachstum Chinas zum eigenen geopolitischen Nachteil weiter anzukurbeln. Dementsprechend hat Russland den Bau von Pipelines nach China nur langsam vorangetrieben, stets begleitet vom Gefühl betonten Misstrauens. Eine Ölpipeline wird Russland bald fertig stellen, die Gaspipeline wird jedoch in absehbarer Zukunft nur auf dem Papier existieren.

Eine von Fragen geprägte Beziehung

China und Russland haben im vergangenen Jahrzehnt dem, was sie als »strategische Partnerschaft« bezeichnen, wachsende Aufmerksamkeit gewidmet. Gemein ist Moskau und Peking das Interesse an einer Abwehr des dominanten Einflusses der Vereinigten Staaten und des Westens im Allgemeinen. Mit der Unterzeichnung eines endgültigen Abkommens über den Verlauf der 4.000 km langen chinesisch-russischen Grenze 2004 und dem Abschluss der daraus resultierenden Arbeiten 2008 scheint die historisch größte Quelle des Misstrauens zwischen beiden Ländern, zumindest an der Oberfläche, versiegt.

Kürzlich betonten beide Regierungen, die politischen Aspekte ihrer Kooperation müssten durch stärkere wirtschaftliche Verbindungen unterstützt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde angesichts des reichhaltigen Kohlenwasserstoffpotentials in Ostsibirien und den fernöstlichen Regionen sowie Chinas steigender Energienachfrage der Energiesektor als einer der viel versprechendsten Bereiche hervorgehoben. Russlands Erdölexport nach China per Eisenbahn ist rapide gestiegen – von 572.000 Tonnen im Jahr 1999 auf über 15 Millionen Tonnen im Jahr 2009. Zudem schlossen Peking und Moskau im April 2009 endlich ein Regierungsabkommen zum Bau einer Nebenstreckenpipeline vom Endpunkt des ersten Abschnitts der ESPO-Pipeline (von Ostsibirien zum Pazifischen Ozean) auf chinesisches Territorium, und das trotz Russlands vorangegangener uneindeutiger Haltung in Bezug auf den Zeitplan der Pipelinerealisierung.

Bedeutet diese Ereignisse, dass das gegenseitige Vertrauen zwischen China und Russland durch die Koope-

ration im Energiebereich gewachsen ist? Kann davon ausgegangen werden, dass ihre bilaterale Energiepartnerschaft eine Phase zunehmender Konsolidierung durchlaufen wird?

Das Paradox des Chinafaktors

Um von den sich abzeichnenden wirtschaftlichen Möglichkeiten in der Asien-Pazifik-Region zu profitieren, bemüht sich Russland zunehmend, neue Energieinfrastruktur in seinen östlichen Regionen zu entwickeln. Russlands Energiestrategie bis 2030, die im November 2009 verabschiedet wurde, stellt die geplante Beschleunigung der Öl- und Gasbeförderung im Osten Russlands vor, deren Ziel der Export dieser Produkte in die Asien-Pazifik-Region ist. Die Strategie sieht einen Anstieg der russischen Ölexportanteile in die Asien-Pazifik-Region von 8 % im Jahr 2008 auf 14–15 % in den Jahren 2020–22 und auf 22–25 % im Jahr 2030 sowie eine Steigerung des Erdgasexports von 0 % im Jahr 2008 auf 16–17 % in den Jahren 2020–22 und auf 19–20 % im Jahr 2030 vor.

China ist der Hauptabsatzmarkt der Energiestrategie für Russlands Osten. So wird zum Beispiel Chinas Erdölnachfrage zwischen 2007 und 2030 um jährlich schätzungsweise 3,3 % wachsen, im Vergleich dazu wird ein weltweites Wachstum von 0,9 % vorhergesagt (Referenzszenario im World Energy Outlook 2009 der Internationalen Energieagentur). Anders als die chinesische hat Japans Energienachfrage ihren Höhepunkt bereits überschritten, dort geht die Nachfrage nach Öl allmählich zurück.

Ironischerweise haben einheimische Stimmen jedoch bereits Alarm geschlagen, die rapide wachsen-

den nach China exportierten Energiemengen könnten aus Russland ein »Rohstoffanhängsel« machen und so den historischen Rivalen stärken. Der Rohölanteil der russischen Gesamtexporte ist von 5 % im Jahr 2000 auf 40 % im Jahr 2008 gestiegen. Zugegebenermaßen ist die russische Regierung momentan eher bemüht, den Anteil der weiterverarbeiteten Produkte als den Rohstoffanteil an der Gesamtexportstruktur zu erhöhen. Dieselben Befürchtungen wurden jedoch niemals im Hinblick auf die Tatsache geäußert, dass Rohöl im Jahr 2007 40 % der russischen Gesamtexporte nach Japan ausmachte.

Russlands Paranoia in Bezug auf China gründet auf tief in seinem Denken verwurzelten geopolitischen Landkarten und hat die Einnahme einer vertrauensvollen Haltung gegenüber dem »strategischen Partner« verhindert. Tatsächlich geht diese Einstellung auf Russlands eigene Schwäche bei der Erschließung seiner riesigen, aber wirtschaftlich unterentwickelten und dünn besiedelten östlichen Regionen zurück. Die Bevölkerung des Fernen Ostens beläuft sich auf weniger als 6,5 Millionen Menschen, dieser macht jedoch etwa 40 % des russischen Territoriums aus und der Trend zu seiner weiteren Entvölkerung ist in den letzten zwanzig Jahren unumkehrbar geblieben. Im Gegensatz dazu beläuft sich die Bevölkerung auf der chinesischen Seite der chinesisch-russischen Grenze inklusive der drei nordöstlichen Provinzen (Heilongjian, Jilin, Liaoning) auf insgesamt über 130 Millionen Menschen. Die Grenzkontrollen wegen der illegalen chinesischen Einwanderung in den russischen Fernen Osten sind im Vergleich zu den chaotischen Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verstärkt und stabilisiert worden. Dennoch haben sich innerhalb der russischen Machtelite Befürchtungen bezüglich »chinesischer Wirtschaftsexpansion« vor dem Hintergrund der wachsenden Bandbreite der chinesischen Wirtschaftsaktivitäten auf russischem Territorium nie ganz gelegt.

In diesem Zusammenhang zögerten die Russen bei der Unterstützung chinesischer Investitionen in Kohlenwasserstofffelder im Osten Russlands und Chinas Beteiligung an upstream-Projekten wurde auf wirtschaftlich fragwürdige Projekte beschränkt. Beispiele sind die Rohstoff-Lagerstätten Zapadno-Chonsky und Verkhnechersky in der Irkutsk-Region, wo es nur kleine und unbestätigte Öl- und Gasvorkommen gibt, und das trotz der Beteiligung des Jointventureunternehmens Vostok Energy, das vom russischen Ölonternehmen Rosneft und von China National Petroleum Corporation (CNPC) gegründet wurde. Rosneft hält seit 2006 eine Beteiligung von 51 % an Vostok Energy.

Russlands letztendliche Zustimmung

Die chinesisch-russischen Gespräche über den möglichen Bau einer transnationalen Ölpipeline reichen bis in die Mitte der 1990er Jahre zurück. 1998 nahmen CNPC und das russische private Ölonternehmen Yukos Verhandlungen über den möglichen Bau einer Ölpipeline von Angarsk in der Irkutsk-Region zum Ölfeld Daqing in der Provinz Heilongjian auf (die so genannte Daqing-Route). Als Peking und Moskau im Juli 2001 den chinesisch-russischen Vertrag über Gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit unterzeichneten, einigten sich Präsident Jiang Zemin und Präsident Wladimir Putin auf den Bau der Pipeline, über die Russland von 2005 an den Export von 20 und ab 2010 den von 30 Millionen Tonnen Rohöl nach China anstrebt. Beide Regierungen schlossen danach ein Regierungsabkommen über die Ausführung einer Durchführbarkeitsstudie über die Pipeline nach Daqing.

Zufällig schlug jedoch zur gleichen Zeit, ebenfalls im Juli 2001, das staatseigene russische Ölpipelineunternehmen Transneft den Bau einer Pipeline von Angarsk nach Nakhodk in Japan vor (die Pazifikroute). Nach der Bekanntgabe der japanischen Unterstützung der Pazifikroute während des Besuchs von Premierminister Jun'ichiro Koizumi in Moskau im Januar 2003, begann das so genannte »chinesisch-japanische Gerangel« um russisches Rohöl weltweit für Schlagzeilen und Medienberichte zu sorgen.

Etwa sechs Jahre nach dieser Bekanntgabe ist Moskaus Haltung in Bezug auf den Zeitplan des Pipelinebaus unverändert uneindeutig – entgegen wiederholter anderslautender Versprechen durch die Russen. Moskau formulierte im Mai 2003 einen Kompromissplan, der die Pazifikroute als Hauptpipeline und die Daqingroute als ihre Nebenpipeline vorsah. Diesen Plan befürwortete auch Russlands Energiestrategie bis 2020, die die russische Regierung im August desselben Jahres beschloss.

Im Februar 2004 gab Transneft eine geänderte Pazifikroute bekannt, die vom etwa 130 km nordwestlich von Angarsk gelegenen Taishet aus einen Umweg über den Norden des Baikalsees machen, weiter über Skovorodino in der Amurregion verlaufen und in der Bucht von Perevoznaja in der Primorskij-Region enden sollte. Etwas später wurde Skovorodino zum künftigen Ausgangspunkt der Daqingroute erklärt.

In offiziellen russischen Dokumenten fand sich jedoch keinerlei Erwähnung dieser möglichen Pipelinenebenstrecke – weder in einem Regierungserlass vom Dezember 2004, in dem der Antrag von Transneft zum Bau der ESPO-Pipeline bewilligt wurde noch in der Anordnung des russischen Industrie- und Ener-

gieministeriums vom April 2005, die das ESPO-Projekt in zwei Phasen unterteilt. Dieses Dokument legt fest, dass in der ersten Phase des Pipelinebaus der Transport von jährlich maximal 30 Millionen Tonnen Rohstoff von Taishet nach Skovorodino ermöglicht werden soll und in der nachfolgenden zweiten Phase der von maximal weiteren 50 Millionen Tonnen von Skovorodino in die Bucht von Perevoznaia (später in die Bucht von Kozmino). Die erste Phase des ESPO-Projekts lief im April 2006 an und der Bau der 2.700 km langen Pipeline wurde im Dezember 2009 vollendet.

Rosneft – der größte Öllieferant nach China – gab im November 2006 bekannt, dass er bis zur Vollen- dung der ersten Phase des ESPO-Projekts weitere 14 Millionen Tonnen Rohstoff über die Nebenstrecken- pipeline transportieren würde. CNP und Transneft unterzeichneten im Juli 2007 ein Memorandum zum Bau der Nebenstreckenpipeline und der Industrie- und Energieminister Viktor Khristenko gab zwei Monate später öffentlich bekannt, dass 2008 mit ihrem Bau begonnen werden würde. Nichtsdestotrotz brachte Rosneft zu dem späten Zeitpunkt von September 2007 den Vorschlag auf, Russland solle den Bau der Neben- streckenpipeline bis zur zweiten Phase des ESPO- Projekts aufschieben und deutete außerdem an, dass China kein viel versprechendes Ziel von Ölexporten mehr darstelle.

Mit dem Beginn der weltweiten Finanzkrise im Herbst 2008 konnte Moskau die Unterzeichnung eines Vertrags mit Peking allerdings nicht länger hinauszo- gern und versprach schließlich den sofortigen Baubeginn der Nebenstreckenpipeline. Die russische Wirtschaft gehörte zu den am schwersten von der Krise betroffene- nen. Rosneft und Transneft stellten keine Ausnahmen dar und hatten enorme Probleme mit dem Zahlungs- fluss, auch im Bereich der Kreditrefinanzierung. Vor die- sem Hintergrund stimmte China im Februar 2009 der Gewährung eines Kredits von 15 Milliarden US-Dollar an Rosneft und eines von 10 Milliarden US-Dollar an Transneft zu; Russland erweiterte im Gegenzug dazu die Nebenstreckenpipeline von Skovorodino bis auf chine- sisches Territorium, außerdem liefern von 2011 an über 20 Jahre hinweg Rosneft jährlich 9 Millionen und Trans- neft jährlich 6 Millionen Tonnen Rohstoff nach China. Diese Vereinbarungen wurden in Form eines chinesisch- russischen Regierungsabkommens über den Ölsektor im April 2009 endgültig beschlossen. Die Nebenstre- ckenpipeline, die von Skovorodino bis an die chinesi- sche Grenze 70 km und dann über 900 km auf chinesi- schem Territorium bis Daqing verläuft, soll Ende 2010 fertig gestellt werden.

Anfangs hatte Russland gehofft, die japanische Inves- tition in sein ESPO-Pipelineprojekt vergrößern zu kön- nen, um so den unterstellten geopolitischen Einfluss Chinas auszugleichen. Entgegen den russischen Annah- men ist die Rivalität mit China jedoch nicht immer ein entscheidender Faktor für Tokios Entscheidungsfindung. Weder der Bau der Pipeline noch die Entwicklung von Ölfeldern konnte nennenswerte japanische Kapitalflüsse anziehen. Angesichts der historischen Hochstände der Rohölpreise bis zum Sommer 2008 unternahmen die Russen keine Anstrengungen, eine Reihe von unattrak- tiven Bedingungen für ausländische Investoren zu ver- bessern; sie meinten, die Zeit auf ihrer Seite zu haben und legten es darauf an, China und Japan gegeneinan- der auszuspielen. Die Finanzkrise machte Moskaus geo- politische Manöver jedoch mit einem Schlag zunichte.

Die angebliche Erdgaskooperation

Die russisch-chinesischen Gespräche über Kooperati- onen im Gassektor spiegeln auch eine ungute Ent- wicklung ihrer Verbindungen im Energiebereich wider. Das geplante Projekt eines Pipelinebaus von der Erd- gas-Lagerstätte in Kovykta in der Irkutsk-Region (eines der größten Gasfelder in Ostsibirien) nach China war eines der stärksten Symbole ihrer bilateralen Partner- schaft seit Mitte der 1990er Jahre. Erst im Herbst 2003 stellten RUSIA Petroleum (der Betreiber des Gasabbaus in Kovykta) und CNPC gemeinsam mit ihrem korea- nischen Partner Kogas eine trilaterale internationale Studie fertig, die die Durchführbarkeit des Baus der 4.900 km langen Pipeline auf die koreanische Halb- insel über chinesisches Territorium hinweg untersucht. Peking und Seoul reagierten gleichermaßen positiv auf die Ergebnisse der Studie. Moskau dagegen weigerte sich, seine Position klarzustellen, obgleich es einer Einschät- zung der Durchführbarkeit des Kovykta-Projekts im Aktionsprogramm zur Umsetzung des chinesisch-rus- sischen Freundschaftsvertrages von 2005 bis 2008 im Oktober 2004 zugestimmt hatte. Und Gazprom und CNPC unterzeichneten im selben Monat tatsächlich ein Abkommen über strategische Partnerschaft.

Rückblickend sieht es so aus, als ob die russische Regierung von Anfang an gar nicht vorhatte, den Plan in Erwägung zu ziehen. Bereits im Juli 2002 hatte Mos- kau Gazprom damit beauftragt, das Gasprogramm Ost zu entwerfen, einschließlich eines Plans für den Erdgas- export nach China. Die endgültige Version, die im Sep- tember 2007 offiziell verabschiedet wurde, bedeutete das Aus für die Option des Gasexports von der Lager- stätte in Kovykta nach China. Gleichzeitig gibt das Pro- gramm im Hinblick auf bestimmte Pipelinerouten kein

konkretes Bild ab, obwohl es einen Plan beinhaltet, demzufolge ab 2020 jährlich 25–50 Milliarden Kubikmeter Gas nach China und Südkorea exportiert werden sollen. Gazprom ist sich mit Exxon, dem Betreiber des Sakhalin-1-Projekts uneinig über die Idee, eine Erdgaspipeline durch die Chabarowsk-Region hindurch bis auf chinesisches Territorium zu erweitern und schlägt stattdessen vor, eine neue LNG-Anlage am südlichen Rand der Primorskij-Region zu bauen. Die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit des Gazprom-Plans ist allerdings fraglich.

Ein anderes halbgares Konzept war das so genannte Altaipipeline-Projekt, das Präsident Putin während seines Peking-Besuchs im März 2006 vorschlug. Es sah eine 3.000 km lange Pipeline vom westlichen Sibirien in die Autonome Region Xingjiang Uighur mit einem jährlichen Fördervolumen von 30–40 Milliarden Kubikmeter vor. Vor Putins Äußerung hatte Moskau jedoch weder die Kosten veranschlagt, noch hatte es sich mit Peking über einen Gaspreis geeinigt. Die Russen begründeten ihre Verschleppungstaktik in Bezug auf eine Entscheidung über die Kovykta-Pipeline damals mit Uneinigkeiten über Chinas Ankaufpreise, die Geschichte des Altai-Projekts zeigt jedoch, dass das nicht unbedingt der Fall gewesen sein muss. Moskau behielt die »Chinakarte« bloß auf der Hand, um mit ihr die Verhandlungen mit der EU zu beeinflussen, die sich aufgrund des selbstherrlichen Moskauer Vorgehens innerhalb der Energiediplomatie zunehmend schwieriger gestalteten. Sie hatte also nichts mit einer Konsolidierung der chi-

nesisch-russischen Energiebeziehungen zu tun. Und so legte Gazprom das Altai-Projekt wegen seiner nicht gegebenen wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit im August 2009 offiziell ad acta.

Zusammenfassung

Ein Großteil der chinesisch-russischen Energiepartnerschaft ist eher rhetorischer Natur als tatsächlich vorhanden. Chinas skeptische Haltung gegenüber Russland mag durchaus durch dessen unschlüssige Haltung bei den Öl- und Gasprojekten mit Peking verstärkt worden sein. Die Kooperation mit China im Energiebereich hat das Potential, zu einem unersetzlichen Bestandteil der russischen Entwicklungspläne für die östlichen Regionen Russlands zu werden, da dort bis dato unangetastete Energieressourcen kommerziell erschlossen werden können. Aufgrund der tief in seinem Denken verwurzelten geopolitischen Landkarte muss Russland diese Gelegenheit allerdings erst noch zu nutzen lernen. Die transnationale Ölpipeline zwischen den beiden Ländern wird bald komplett fertig gestellt sein. Das von Russland geplante Projekt des Baus einer Gaspipeline nach China kann dennoch erst in mehreren Jahren eine greifbare Perspektive werden. Und das liegt an dem gegenseitigen Misstrauen, das der auf politischer Ebene entfachten chinesisch-russischen Partnerschaft weiterhin zugrunde liegen wird.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Shoichi Itoh ist derzeit Visiting Fellow am Center for Strategic and International Studies (CSIS). Außerdem ist er Associate Senior Researcher am Economic Research Institute for Northeast Asia (ERINA) in Japan und Non-resident Fellow am Institute for Security and Development Policy (ISDP) in Sweden.

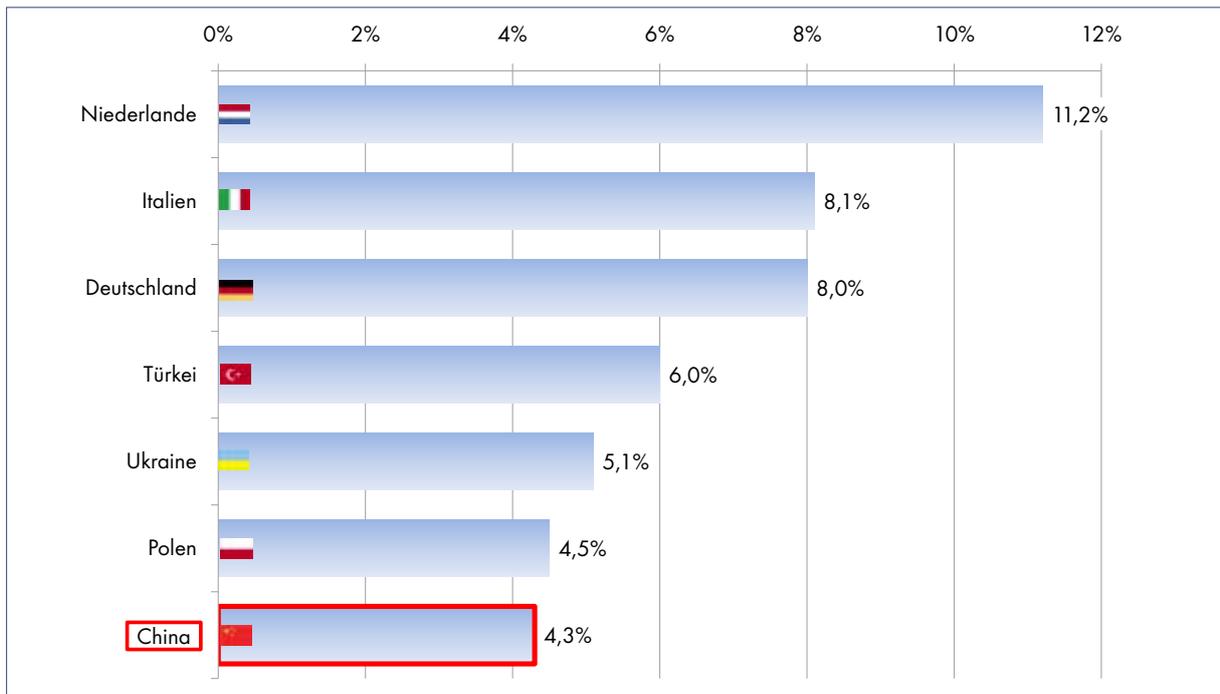
Literatur zu den russisch-chinesischen Beziehungen Teil II:

- Dmitry Shlapentokh: China, Russia, and the risk of explosion in Central Asia, in: Central Asia-Caucasus Analyst, 11.2009, Nr. 14, S. 9–12 <http://www.cacianalyst.org/?q=node/5148/print>, 16.07.2009.
- Marlène Laruelle; Sébastien Peyrouse: China as a neighbor: Central Asian perspectives and strategies, Washington/D.C. 2009 <http://www.isdp.eu/files/publications/books/09/ml09chinaneighbor.pdf>, 23.04.2009.
- Geir Flikke: Balancing acts: Russian-Chinese relations and developments in the SCO and CSTO, Oslo: Norwegian Institute of International Affairs 2009 (NUPI Report; [October 2009]) <http://english.nupi.no/content/download/10485/104951/version/5/file/Nupi+Report+-+Geir+Flikke+-+Balancing+Acts.pdf>, 06.10.2009.
- Libor Krkoska ; Yevgenia Korniyenko: China's investments in Russia: where do they go and how important are they?, in: The China and Eurasia Forum Quarterly , 6.2008, Nr-1, S. 39–49 <http://www.isdp.eu/files/publications/cefq/08/lk08chinainvestment.pdf>, 21.04.2008.
- Stephen Blank: Moscow's strategic triangle in a time of transition, in: The Journal of East Asian Affairs, 22. 2008, Nr. 1, S. 99–144.
- Marina Kurkchian: Russia and China: a comparative perspective on the post-Communist transition. Working Paper The Foundation for Law, Justice and Society, Oxford, 2008 http://www.fljs.org/images/Kurkchian_Working_Paper.pdf, 29.02.2008.
- Harley Balzer: Russia and China in the global economy, in: Demokratizatsiya , 16.2008, Nr. 1, S. 37–47.
- Stephen Aris: Russian-Chinese relations through the lens of the SCO. Russie.Nei.Visions; N° 34, 06.10.2008 http://www.ifri.org/files/Russie/Ifri_RNV_Aris_SCO_Eng.pdf, 06.10.2008.
- Thomas S. Wilkins: Russo-Chinese strategic partnership: A new form of security cooperation?, in: Contemporary Security Policy, 29.2008, Nr.2, S. 358–383.

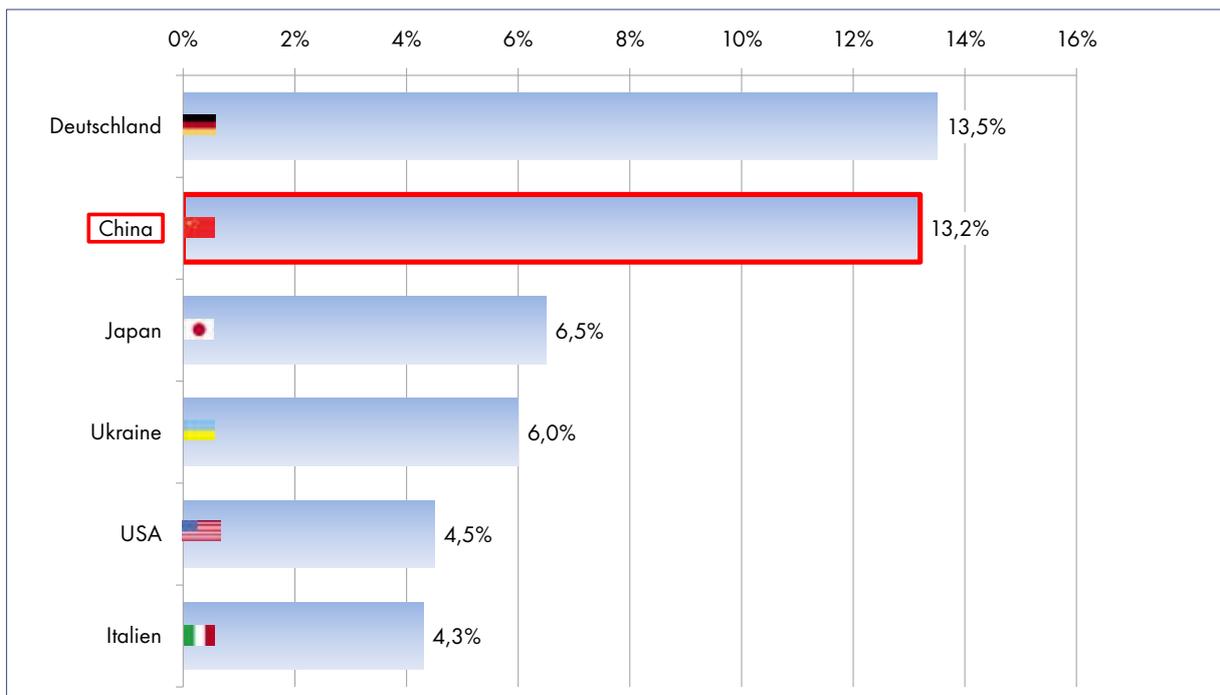
Statistik

Außenhandelsbeziehungen

Grafik 1: Die Hauptexportpartner Russlands 2008

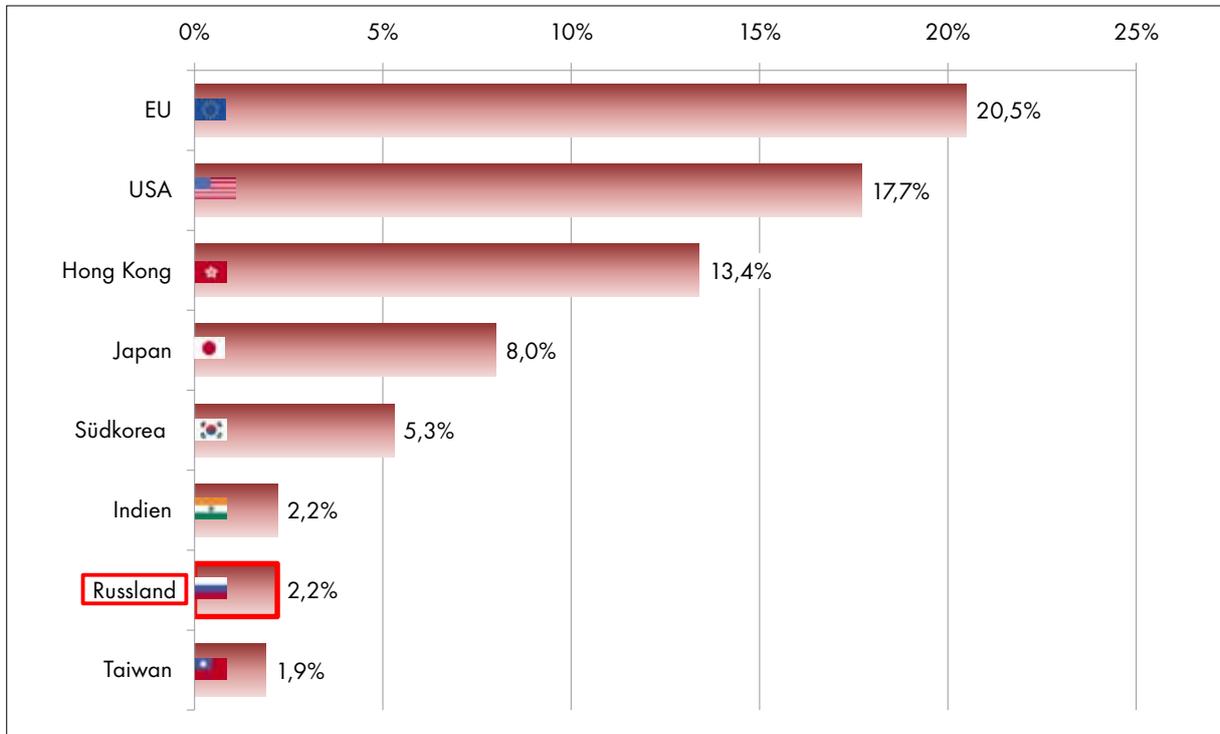


Grafik 2: Die Hauptimportpartner Russlands 2008

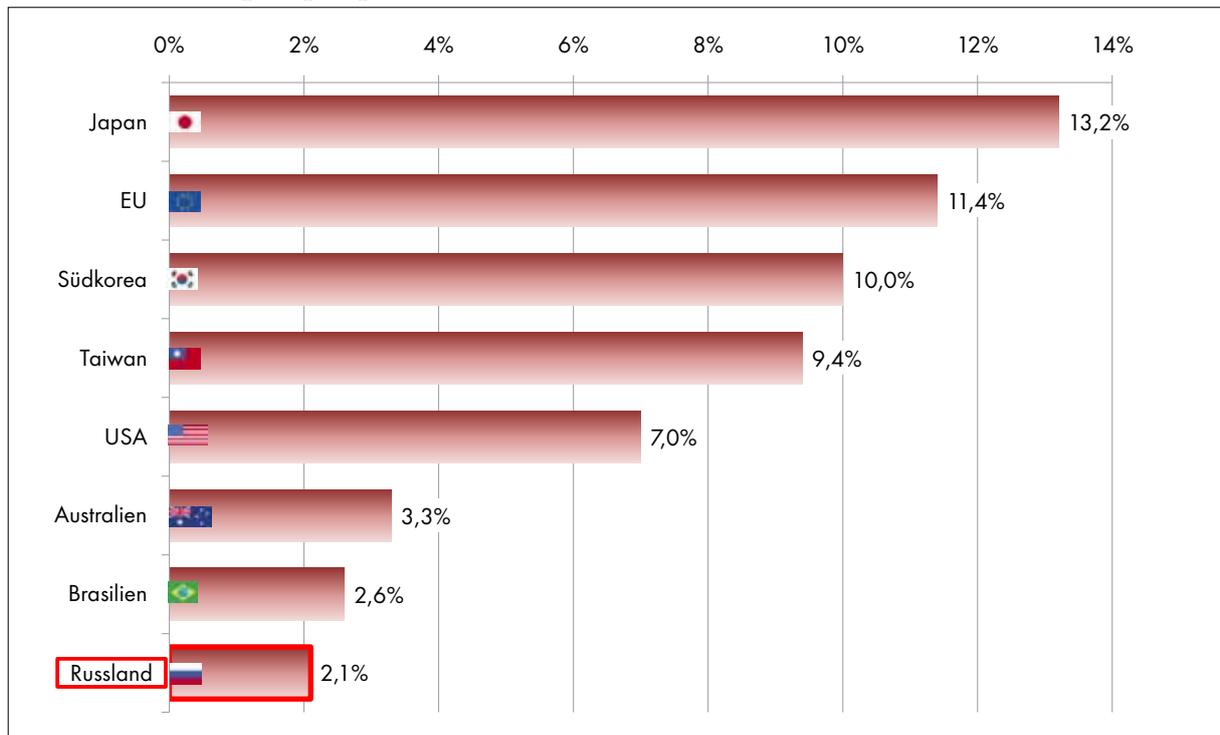


Quelle: CIA Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/rs.html>

Grafik 3: Die Hauptexportpartner Chinas 2008



Grafik 4: Die Hauptimportpartner Chinas 2008

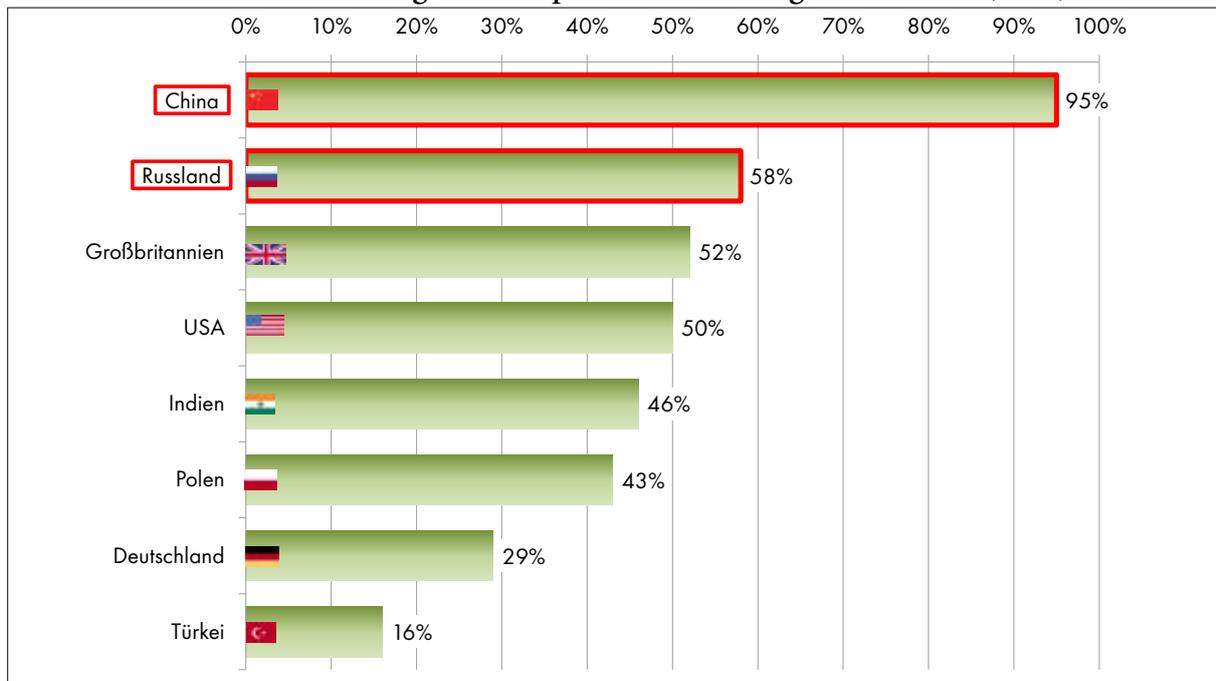


Quelle: CIA Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/rs.html>

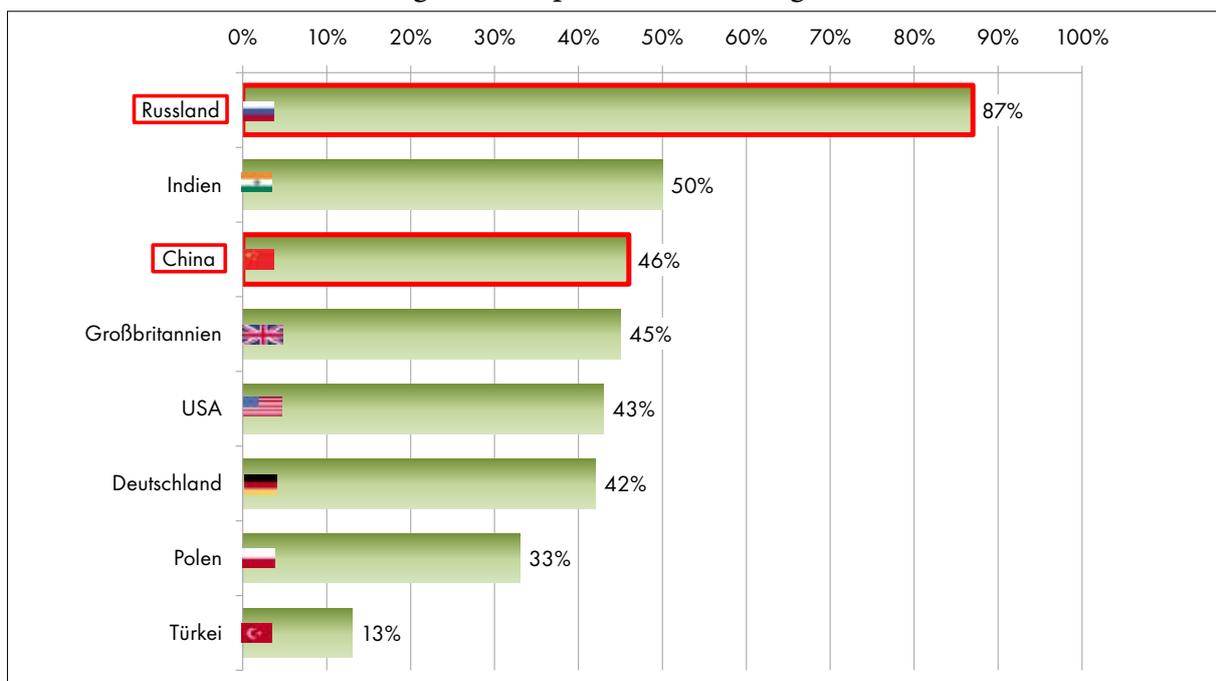
Umfrage

Wechselseitige Wahrnehmungen

Grafik 1: Anteil der Bevölkerung, der eine positive Einstellung zu China hat (2009)

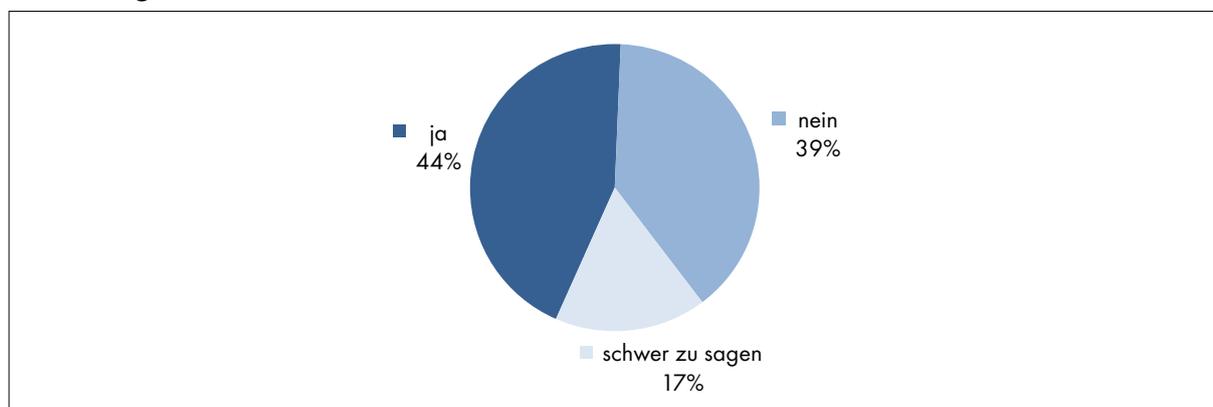


Grafik 2: Anteil der Bevölkerung, der eine positive Einstellung zu Russland hat (2009)



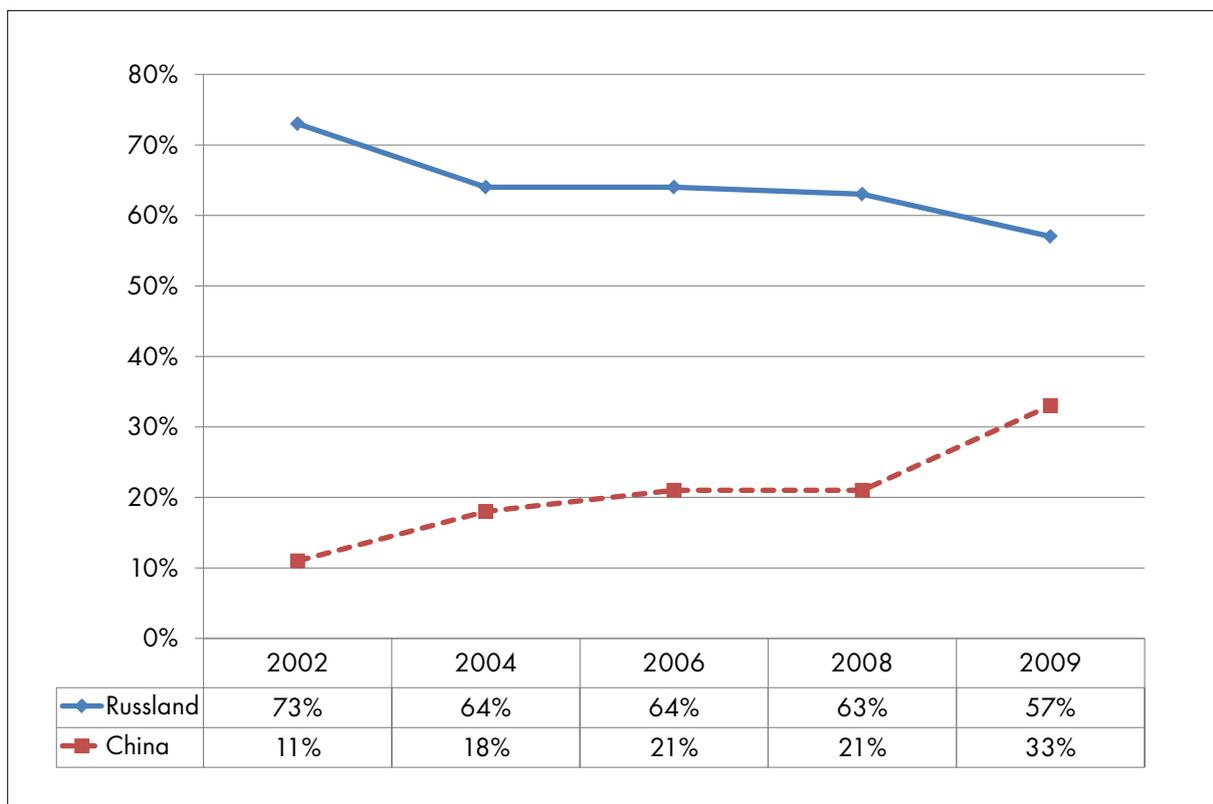
Quelle: Pew Global Attitudes Project, <http://pewglobal.org/database/?indicator=27&mode=chart>

Grafik 3: Frage an die russische Bevölkerung: Meinen Sie, dass das Wachstums Chinas eine Bedrohung für russische Interessen darstellt? (Oktober 2009)



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM), <http://bd.fom.ru/pdf/d43kitay.pdf>

Grafik 4: Frage an die russische Bevölkerung: Welches Land hat Ihrer Meinung nach mehr Einfluss in der Welt: Russland oder China?



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM), <http://bd.fom.ru/pdf/d43kitay.pdf>

Zusammenstellung: Ksenia Pacheco

Ranking

Die Forbesliste 2010: Russlands Milliardäre

Globaler Rang	Rang in Russland	Name	Staatsbürgerschaft	Alter	Vermögen (Mrd. US\$)	Wohnsitz
32	1	Wladimir Lisin	Russland	53	15,8	Russland
39	2	Michail Prochorow	Russland	44	13,4	Russland
42	3	Michail Fridman	Russland	45	12,7	Russland
50	4	Roman Abramowitsch	Russland	43	11,2	Russland
57	5	Oleg Deripaska	Russland	42	10,7	Russland
58	6	Wagit Alekperow	Russland	59	10,6	Russland
61	7	Wladimir Potanin	Russland	49	10,3	Russland
70	8	Alexej Mordaschow	Russland	44	9,9	Russland
71	9	Wiktor Raschnikow	Russland	61	9,8	Russland
79	10	Dmitrij Rijbolowlew	Russland	43	8,6	Russland
80	11	Iskander Machmudow	Russland	46	8,5	Russland
83	12	German Chan	Russland	48	8,2	Russland
93	13	Wladimir Jewtuschenkow	Russland	61	7,5	Russland
100	14	Alischer Usmanow	Russland	56	7,2	Russland
109	15	Alexej Kusmitschew	Russland	47	6,5	Russland
113	16	Wiktor Wechselberg	Russland	52	6,4	Russland
113	17	Igor Sjusin	Russland	49	6,4	Russland
121	18	Alexander Abramow	Russland	51	6,1	Russland
136	19	Leonid Fedun	Russland	53	5,5	Russland
136	20	Sulejman Kerimow	Russland	44	5,5	Russland
154	21	Sergej Popow	Russland	38	5,0	Russland
167	22	Boris Iwanischwili	Russland	54	4,8	Georgien
189	23	Andrej Melnitschenko	Russland	38	4,4	Russland
189	24	Leonid Michelson	Russland	54	4,4	Russland
249	25	Pjotr Awen	Russland	55	3,6	Russland
297	26	Nikolai Zwetkow	Russland	49	3,2	Russland
342	27	Elena Baturina	Russland	47	2,9	Russland
342	28	Sergej Galizkij	Russland	42	2,9	Russland
342	29	Dmitrij Pumpjanskij	Russland	46	2,9	Russland
354	30	Alexander Frolow	Russland	45	2,8	Russland
400	31	Wladimir Bogdanow	Russland	58	2,4	Russland
400	32	Filaret Galtschew	Russland	46	2,4	Russland
437	33	Michail Guzerijew	Russland	52	2,2	Großbritannien
488	34	Alexander Lebedew	Russland	50	2,0	Russland
536	35	Andrej Gurijew	Russland	50	1,9	Russland

Fortsetzung auf nächster Seite

Die Forbesliste 2010: Russlands Milliardäre (Fortsetzung von vorheriger Seite)

Globaler Rang	Rang in Russland	Name	Staatsbürgerschaft	Alter	Vermögen (Mrd. US\$)	Wohnsitz
536	36	Gennadij Timtschenko	Russland	57	1,9	Schweiz
556	37	Andrej Moltschanow	Russland	38	1,8	Russland
616	38	Alexej Ananjew	Russland	45	1,6	Russland
616	39	Dmitrij Ananjew	Russland	41	1,6	Russland
616	40	Wasilij Anisimow	Russland	58	1,6	Russland
616	41	Michail Balakin	Russland	48	1,6	Russland
616	42	Gleb Fetisow	Russland	43	1,6	Russland
655	43	Alexander Mamut	Russland	49	1,5	Russland
721	44	Alexander Nesis	Russland	47	1,4	k. A.
721	45	Megdet Rahimkulow und Familie	Russland	64	1,4	Russland
721	46	Andrej Skotsch	Russland	44	1,4	Russland
721	47	Rustam Tariko	Russland	48	1,4	Russland
773	48	Anatolij Lomakin	Russland	57	1,3	Russland
828	49	Igor Kesaew	Russland	43	1,2	Russland
828	50	Danil Chatschaturow	Russland	38	1,2	Russland
828	51	Andrej Kosizyn	Russland	49	1,2	Russland
828	52	Ural Rachimow	Russland	48	1,2	Russland
880	53	Aras Agalarow	Russland	54	1,1	Russland
880	54	Igor Altuschkin	Russland	39	1,1	Russland
880	55	Alexander Dshaparidze	Russland	54	1,1	Russland
880	56	Alexander Ponomarenko	Russland	45	1,1	Russland
880	57	Anatoly Sedych	Russland	45	1,1	Russland
880	58	Alexander Skorobogatko	Russland	42	1,1	Russland
937	59	Andrej Kosogow	Russland	49	1,0	Russland

Quelle: http://www.forbes.com/lists/2010/10/billionaires-2010_The-Worlds-Billionaires_Rank.html, 11.3.2010

Chronik

Vom 26. Februar bis zum 11. März 2010

26.2.2010	Das russische Verfassungsgericht entscheidet, dass Urteile des Europäischen Menschenegerichtshofes (EMGH) in Zivilsachen für russische Gerichte verbindlich sind und dass der Gesetzgeber Regelungen zur Implementierung der Entscheidungen des EMGH schaffen muss.
27.2.2010	In Rjasan verhaftet die Polizei Alexander Bechtold, den örtlichen Vorsitzenden einer Menschenrechtsorganisation, nachdem Flugblätter gegen die Verletzung von Wählerrechten verteilt worden waren.
27.2.2010	Präsident Dmitrij Medwedew erörtert in Naltschik (Kabardino-Balkarien) und Tscherkesk (Karatschajewo-Tscherkesija) mit den regionalen Präsidenten die Lage im Nordkaukasus.
28.2.2010	In Wladiwostok wird ein Polizist bei einer Verkehrskontrolle von Unbekannten erschossen. Sein Kollege wird schwer verletzt.
1.3.2010	Bei Abschluss der Winterolympiade in Vancouver liegt die russische Mannschaft mit 3 Gold-, 5 Silber und 7 Bronzemedailles nur auf Rang 11, noch hinter den Niederlanden, Österreich, Schweden und China. Die Medien fordern die Ablösung der Verantwortlichen. Präsident Dmitrij Medwedew erörtert die Situation mit der Führung von »Einiges Russland«, auch mit Blick auf die Winterolympiade 2014 in Sotschi.
1.3.2010	Ab 1. März stellen die russischen Behörden auf Antrag Pässe mit biometrischen Daten und einer Geltungsdauer von 10 Jahren aus. Pässe ohne biometrische Daten behalten Gültigkeit und werden weiter ausgestellt.
1.3.2010	Werchnij Lars, der Übergang an der russisch-georgischen Grenze, der 2006 geschlossen worden war, wird wieder geöffnet. Damit gibt es wieder eine Landverbindung zwischen Russland und Georgien.
1.–3.3.2010	Staatsbesuch von Präsident Dmitrij Medwedew in Frankreich. Medwedew führt Gespräche mit seinem französischen Amtskollegen Sarkozy.
2.3.2010	Staatsbesuch der kroatischen Ministerpräsidentin Jadranka Kosor in Moskau. In Gesprächen mit ihrem russischen Amtskollegen Wladimir Putin erörtert sie Fragen der Energieversorgung, des Bauwesens, der Infrastruktur und des Tourismus sowie Kroatiens Beteiligung an der South Stream-Pipeline. Sie kündigt an, dass die kroatische Regierung für ein halbes Jahr die Visapflicht für russische Touristen aufhebt.
2.3.2010	In Inguschetien werden bei einer Spezialoperation vier Untergrundkämpfer getötet und weitere 15 verhaftet.
3.3.2010	Der Vorsitzende des russischen Olympischen Komitees, Leonid Tjagatschow, tritt zurück, nachdem Präsident Dmitrij Medwedew das schlechte Abschneiden der russischen Sportler in Vancouver kritisiert hatte.
4.3.2010	Vor dem Europäischen Menschenegerichtshof in Straßburg beginnt der Prozess, den der inzwischen zerschlagene Mineralölkonzern Jukos im Jahre 2004 gegen den russischen Staat angestrengt hatte. Der Streitwert beträgt 100 Mio. US-Dollar.
4.3.2010	Ministerpräsident Wladimir Putin kündigt für April eine sechsprozentige Rentenerhöhung an.
5.3.2010	Boris Gryslow, der Sprecher des russischen Parlaments, empfiehlt dem Moskauer Bürgermeister, bei den Feierlichkeiten zum 65. Jahrestages des Sieges im »Großen Vaterländischen Krieg« keine Stalin-Plakate zu zeigen.
5.3.2010	Moskaubesuch des neugewählten ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch. Janukowitsch führt Gespräche mit Präsident Dmitrij Medwedew und Ministerpräsident Wladimir Putin über Fragen der bilateralen Beziehungen. Dabei werden die Probleme des Gastransfers, der Schwarzmeerflotte und der Mitgliedschaft der Ukraine in der Zollunion in der Substanz nicht behandelt.
6.3.2010	Präsident Dmitrij Medwedew löst die Föderale Agentur für Wissenschaft und Innovation und die Föderale Agentur für Bildung auf, die beide dem Bildungsministerium unterstehen.

7.3.2010	In Pensa demonstrieren 200 Personen (offizielle Angaben, die Kommunistische Partei der Russischen Föderation spricht von 1.500 bis 2.000 Personen) gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik und fordern der Rücktritt des Bürgermeisters und des Gouverneurs.
8.3.2010	In einem Spiegelartikel plädieren der ehemalige deutsche Verteidigungsminister Volker Rühle, der ehemalige Planungsstabschef des Auswärtigen Amtes, Frank Elbe, der ehemalige Generalinspekteur Klaus Naumann und der ehemalige Planungsstabschef des Bundesministeriums der Verteidigung Ulrich Weisser Russland die Option für den Beitritt in die NATO einzuräumen.
10.3.2010	Der emigrierte Finanzmagnat Boris Beresowskij gewinnt in London einen Verleumdungsprozess gegen den staatlichen russische Medienkonzern VGTR. Im Sender RTR-Planeta war behauptet worden, Beresowskij habe Beweismittel im Mordfall Litwinenko gefälscht. VGTR Muss Beresowskij nun 150.000 Pfund Schadensersatz zahlen.
10.3.2010	Auf der Forbesliste erscheinen 2010 59 russische Milliardäre. Damit nimmt Russland, was die Zahl der Milliardäre angeht, den ersten Platz in Europa ein (Deutschland 52). Die reichsten fünf Russen sind danach: Wladimir Lisin (53 Jahre, 15,8 Mrd. US-Dollar, Rang 32); Michail Prochorow (44 Jahre, 13,4 Mrd. US-Dollar, Rang 39); Michail Fridman (45 Jahre, 12,7 Mrd. US-Dollar, Rang 42); Roman Abramowitsch (43 Jahre, 11,2 Mrd. US-Dollar, Rang 50); Oleg Deripaska (42 Jahre, 10,7 Mrd. US-Dollar, Rang 57)
10.3.2010	Die USA heben die Sanktionen gegen den russischen Raumfahrtkonzern Glawkosmos auf, die sie 1998 wegen Kooperation mit dem Iran verhängt hatten.
11.03.2010	Der russische Präsident Dmitrij Medwedew schlägt dem Rat der Volksdeputierten des Gebietes Kemerowo vor, den Gouverneur des Gebietes Aman Tulejew, dessen Amtszeit am 20.04.2010 ausläuft, für eine vierte Amtszeit wiederzuwählen.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de